

mo

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 81

SOS
Mitmensch

**AULA-PROZESS
RECHTSEXTREME
CODES VOR GERICHT**

**DISKRIMINIERUNG
(K)EINE MEDIZIN
FÜR ALLE**

**NEXT GEN
JUNG, ROM:NJA,
SELBSTBEWUSST**

**DOSSIER:
VOLKSGRUPPEN**

KOLPORTAGE DAVON 1,50
3,00€
EURO FÜR

Was MO-Kolporteur:innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



P.M. Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg

SOS
Mitmensch

JETZT SPENDEN!
IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383
BIC: GIBAATWWXXX



Foto: Christopher Mavrič

Pia Thomasberger, Denis Sign und Santino Stojka gehören zu einer Generation junger Rom:nja, die über ihre Geschichte aufklären und ihre Identität stolz leben möchten.

Liebe Leser:innen,

im kommenden Jahr – also 2026 – wird das österreichische Volksgruppengesetz fünfzig Jahre alt. Ein halbes Jahrhundert also, seit Österreich gesetzlich festgelegt hat, dass seine Minderheiten ihre Sprache, Kultur und Identität geschützt wissen sollen. Und doch erzählen viele Angehörige der sechs anerkannten Volksgruppen bis heute davon, wie sie um Selbstverständliches ringen: um Sichtbarkeit, um Raum und um das Recht, einfach da zu sein. Sprache spielt dabei eine zentrale Rolle: Ob man sie noch spricht, ob die Kinder sie lernen können, ob man sie im Amt oder in der Öffentlichkeit verwenden darf, ohne sich erklären zu müssen. Sprache ist alltäglich – und zugleich ein Prüfstein, wenn es um Zugehörigkeit geht. Unser Dossier widmet sich all diesen Spannungen: Wir haben nachgefragt, wie Österreich mit seiner historischen und heutigen sprachlichen sowie kulturellen Vielfalt umgeht – und wer eigentlich als „Volksgruppe“ gelten darf. Es geht um Zugehörigkeit, um Anerkennung und um das Recht, mehrere Identitäten zu leben, ohne sich entscheiden zu müssen. Mit den Beiträgen dieser Ausgabe reisen Sie mit uns von Wien nach Kärnten, ins Burgenland und auch weiter nach Bosnien und Griechenland.

Besonders gefreut haben uns die vielen Rückmeldungen zu unserer letzten Ausgabe mit dem Schwerpunkt Demokratie. Haben Sie Anregungen, Hinweise oder Kritik? Wir freuen uns, weiterhin von Ihnen zu hören.

Viel Freude beim Lesen!

Milena Österreicher, Chefredakteurin



Illustration: P.M. Hoffmann



Foto: Stoppt die Rechten



Foto: shutterstock © NMK-Studio

Einstieg

2 CARTOON

Darf's a bisserl Mehrsprachigkeit sein?

3 EDITORIAL

6 NACHGEFRAGT ...

bei Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser.

7 HANDLUNGSBEDARF

Unterste Klasse.

8 SOS MITMENSCH: NEWS

Mindestsicherung / Demokratie-Offensive / FPÖ-Aula-Liste

DOSSIER: VOLKSGRUPPEN

10 WER DAZUGEHÖRT

Über Österreichs Verständnis von Minderheitenschutz.

14 DAS NARRATIV GEHÖRT UNS

Junge Rom:nja kämpfen um gleiche Chancen.

17 BITTSTELLER:INNEN DER REPUBLIK

Die Volksgruppenförderung steht auf wackligen Beinen.

20 SCHLECHTES ZEUGNIS IN DER SPRACHPOLITIK

Zwei Sprachwissenschaftler:innen erklären, wie Minderheitensprachen aufgestellt sind und warum ihr Erhalt wichtig ist.

23 ZWEI IDENTITÄTEN, EIN LAND

Die alten und neuen Wunden rund um den Peršmanhof.

26 VOM KONFLIKT ZUM MODELLFALL

Wie in Südtirol heute drei Sprachengruppen zusammenleben.

Welt

29 MÄDCHEN OHNE VERBOTE STÄRKEN

Expertinnen aus der Praxis geben Tipps.

32 AULA VOR GERICHT

In Graz läuft ein entscheidender Strafprozess gegen die einstig FPÖ-nahe Zeitschrift „Die Aula“.

34 SIE WOLLEN NICHT MEHR WARTEN

Die Jugend in Griechenland nimmt die Dinge selbst in die Hand.

36 EINE FRAU, DIE NIE AUFHÖRTE ZU KÄMPFEN

Eine ehemalige Soldatin, die heute Geflüchteten hilft.

38 WENN HAUTFARBE UND GESCHLECHT DIE BEHANDLUNG BESTIMMEN

Über Diskriminierung in der Medizin.

Rubriken

41 SERVUS ALAYKUM

Menerva Hammad: Stadtbild.

42 KOLUMNEN

Martin Schenk: Die digitalen Herrenmenschen.

Philipp Sonderegger: Peršmanhof.

Vanessa Spanbauer: Das gar nicht so neue Stadtbild.

44 MEDIEN

Schweigen / 30 Jahre Augustin & Megaphon

43 DOSSIERMEDIEN

Engel des Vergessens / Volksgruppenmagazin „Daheim“

46 ANDERE ÜBER ...

Kommentar: Alina Knoflach über Tier- und Menschenwürde.

Jetzt Menschen in Not helfen

Zusammenrücken und füreinander da sein: dm drogerie markt ermöglicht in der Vorweihnachtszeit über 2.000 armutsgefährdeten Menschen in ganz Österreich ein Drei-Gänge-Bio-Festessen.

Auch dieses Jahr ist es dm wieder ein Anliegen, Menschen, die an der Armutsgrenze leben, in der Zeit vor Weihnachten eine Freude zu bereiten. Denn nicht alle haben das Privileg, das Fest der Liebe gemeinsam mit Familie und Freunden bei einer warmen Mahlzeit zu verbringen. In Zusammenarbeit mit BIO AUSTRIA organisiert dm deswegen erneut ein Festessen aus hochwertigen Lebensmitteln. In über 40 Wärmestuben und Notschlafstellen in Österreich wird wieder ein wunderbares Drei-Gänge-Festessen aus feinsten Bio-Zutaten für mehr als 2.000 armutsgefährdete Menschen gekocht.

Lebensmittel aus der Region

Für das weihnachtliche Menü spendet dm Produkte aus dem Bio-Sortiment und weihnachtliche Dekoration. Die frischen Lebensmittel, wie Fleisch und Gemüse, werden vom Verband BIO AUSTRIA zur Verfügung gestellt und angeliefert. Die Produkte stammen von Bio-Bäuerinnen und -Bauern aus der jeweiligen Region. Auf dem Menüplan steht dieses Jahr als Vorspeise eine Kürbis-Kokos-Suppe.



dm drogerie markt und BIO AUSTRIA veranstalten Festessen für den guten Zweck
im Bild: Harald Bauer (dm Geschäftsführer), und Barbara Riegler (Obfrau BIO AUSTRIA)

Zur Hauptspeise dürfen sich die Betroffenen über einen Tafelspitz mit Bratendäpfel und Apfeln oder als vegetarische Variante ein Wiener Erdäpfelgulasch freuen. Zum süßen Abschluss gibt es einen Schokoladenkuchen.

Unterstützung durch dm Mitarbeitende

Wie schon in den Jahren zuvor, werden viele der Festessen von dm Mitarbeitenden begleitet. Diese nutzen ihren „mehr vom leben tag“ – ein zusätzlicher freier Tag für soziales Engagement – und helfen am Tag der Veranstaltung zum Beispiel beim Dekorieren und Kochen mit oder unterstützen die Ausgabe der Menüs.

Origamiset Schneeflocke für jede 5 € Spende

dm Kundinnen und Kunden können die Aktion mit einer Fünf-Euro-Spende in

den Filialen sowie in den Friseur- und Kosmetikstudios fördern. Als Dankeschön gibt es ein Origamiset Schneeflocke (solange der Vorrat reicht). So wurde 2024 ein Rekordbetrag von mehr als 465.000 Euro gespendet, mit dem die von Bio-Landwirten zugekauften frischen Waren finanziert werden. Der Restbetrag kommt zu 100 Prozent den teilnehmenden sozialen Einrichtungen zugute. Die dm Festessen unterstützen Betroffene daher weit über die Weihnachtszeit hinaus. Zum Beispiel finden armutsgefährdete Menschen in zahlreichen „Klimaoasen“ der Caritas Wien Zuflucht vor der Hitze. Zur Existenzsicherung und Erweiterung des Angebots der Begegnungsräume tragen die Festessenspenden bei den Pannonischen Tafeln bei. Ermöglicht werden diese und viele weitere Aktionen durch die hohe Spendenbereitschaft der dm Kundinnen und Kunden.

NACHGEFRAGT

Wenn das Mindeste nicht mehr gesichert ist

Wien will subsidiär Schutzberechtigte aus der Mindestsicherung ausschließen. Sie sollen nur noch Zugang zur Grundversorgung erhalten. Maria Katharina Moser, Direktorin der Diakonie Österreich, warnt vor den Folgen.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

Subsidiär Schutzberechtigte sollen künftig in Wien von der Mindestsicherung ausgeschlossen werden. Das betrifft rund 10.000 Menschen. Hat Sie diese Ankündigung überrascht?

Ja, denn Wien war bekannt als letzte Bastion der Armutsbekämpfung und als Stadt, in der die Mindestsicherung tatsächlich das Mindeste gesichert hat. Insofern ist dieser Schritt ein Bruch mit der bisherigen Linie. Gleichzeitig kann ich ihn bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen: Es ist ein Hilferuf. Wien signalisiert damit, dass auch die anderen Bundesländer Verantwortung für die Armutsbekämpfung bei subsidiär Schutzberechtigten übernehmen müssen.

Was bereitet Ihnen hier die größten Sorgen?

Wenn künftig eine alleinstehende Person mit 425 Euro auskommen muss oder eine Familie mit einem Kind mit etwa 1000 Euro, ist klar: Von diesem Geld kann man nicht leben. Das Erste, was verloren gehen wird, ist die Wohnung. In Wien leben rund achttausend subsidiär Schutzberechtigte eigenständig in Wohnungen, für sie droht Wohnungslosigkeit.



Maria Katharina Moser ist Diakonie-Direktorin, evangelische Pfarrerin und Sozialethikerin.

Welche Folgen hätte der Ausschluss für die Integration?

Man muss sich vorstellen: Viele dieser Menschen kommen nach einer Flucht traumatisiert hierher. Während des Asylverfahrens haben sie kaum Chance auf Arbeit und keine Möglichkeit anzusparen. Sobald sie subsidiären Schutz bekommen, sind sie zunächst auf Unterstützung angewiesen, um überhaupt ins Leben zu starten. Wer aber Angst hat, die Wohnung zu verlieren oder die Kinder nicht versorgen zu können, kann sich nicht aufs Deutschlernen oder die Jobsuche konzentrieren. Die Mindestsicherung war ein wichtiges Sprungbrett in die Arbeitsmarktintegration und das wird jetzt weggezogen. Das Risiko ist groß, dass erzielte Fortschritte verloren gehen.

Wie reagieren betroffene Menschen, die zur Diakonie kommen, darauf?

Schon die bloße Ankündigung verunsichert die Menschen massiv. Wir erleben, dass Symptome wie Schlaflosigkeit, Depressionen oder Schmerzen wiederkehren – Probleme, die durch Stabilität und Therapie zuvor besser geworden waren.

Was befürchten Sie langfristig?

Ich hoffe, dass wir nicht mehr Menschen auf der Straße sehen werden. Aber wenn die Existenzgrundlage entzogen wird, ist genau das zu erwarten. Wohnungslosigkeit ist nicht nur menschlich tragisch, sondern auch volkswirtschaftlich teuer: Sie wieder zu beenden kostet ein Vielfaches. Wenn man zuerst die soziale Sicherheit streicht und dann teure Unterstützungsprogramme aufbauen muss, ist das ineffizient. Auch das Argument, man könne Menschen durch Kürzungen „in Arbeit bringen“, ist schlicht falsch. Knapp ein Viertel der Betroffenen sind Minderjährige, rund zehn Prozent nicht arbeitsfähig und ein weiterer Teil gehört zu den „Working Poor“, also Menschen, die arbeiten, aber weniger als die Mindestsicherung verdienen und aufstocken müssen.

Unterste Klasse

Wien war lange Bollwerk gegen Ausgrenzung. Jetzt mischt auch die Bundeshauptstadt bei der Frage mit, wer in Österreich ein menschenwürdiges Leben verdient.

TEXT: ALEXANDER POLLAK



Illustration: Petja Dimitrova

Seit ein paar Jahren rollt ein Schneeball durch unser Land, der jetzt auch Wien und Tirol erreicht hat. Ausgehend von einer Gesetzesnovelle der letzten türkis-blauen Bundesregierung, haben nach und nach sieben der neun Bundesländer subsidiär schutzberechtigte Menschen aus der Mindestsicherung ausgeschlossen. Jetzt folgen mit Tirol und Wien die beiden letzten Bundesländer.

In Wien hat dieser Schritt besonders markante Auswirkungen. Zum einen leben mit Abstand die meisten Betroffenen in Wien, nämlich knapp 10.000. Zum anderen ist gerade in Wien die Grundversorgung, die das allerletzte soziale Auffangnetz bildet, am schlechtesten ausgestattet. Wien bietet kaum organisierte Quartiere, sondern vergibt in der Grundversorgung lediglich minimalste Geldleistungen, mit denen sich Menschen komplett selbst über Wasser halten sollen, es aber nicht können.

425 Euro bekommen Menschen in der Grundversorgung in Wien monatlich in die Hand gedrückt. Davon sollen sie sich privat eine Unterkunft bezahlen und sämtliche Lebenshaltungskosten abdecken. Das geht sich vorne und hinten nicht menschenwürdig aus.

Wer die Betroffenen sind? Frauen, Männer und Kinder, die aus sehr gefährlichen Ländern kommen und daher einen Schutzstatus erhalten haben, auch wenn sie nicht persönlich verfolgt wurden. Jede vierte subsidiär schutzberechtigte Person, die bisher in Wien Mindestsicherungsleistungen erhalten hat, ist minderjährig. Viele sind chronisch krank oder betreuungsbedürftig oder kommen Betreuungspflichten nach. Ein Großteil steht daher dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung. Andere absolvieren gerade Sprachkurse und Ausbildungen und brauchen Zeit, um in den Arbeitsmarkt zu finden. Die Mindestsicherung diente ihnen bisher als Schutz vor Verelendung bzw. als Überbrückung bis zu einer Arbeitsaufnahme. Jetzt stürzen diese Menschen ab.

Von einem Tag auf den anderen müssen sie mit weniger als der Hälfte oder sogar nur mehr mit einem Drittel des bisherigen Geldes auskommen. Es drohen Delogierungen, weil die Mieten nicht mehr bezahlt werden können. Kinder werden nicht mehr ausreichend versorgt werden können.

Es war bis vor Kurzem gerade die Stadt Wien, die vehement darauf hingewiesen hat, welch katastrophale Auswirkungen

das für die betroffenen Kinder hat. „Armutspänomene wirken sich äußerst nachteilig auf die gesundheitliche, soziale und kulturelle Entwicklung von Kindern aus“, schrieb die Stadt Wien noch 2018 in einer Stellungnahme gegen die Kürzung der Mindestsicherung. Und weiter: „Kinderarmutsprävention stellt nicht nur die beste und nachhaltigste, sondern letztendlich auch billigste Prävention im Kinderschutz dar.“

Doch jetzt der Schwenk. Subsidiär Schutzberechtigte werden nun auch in der selbst deklarierten „Menschenrechtsstadt“ zur untersten Menschenklasse erklärt, zu Personen, die keine ausreichende Unterstützung für ein menschenwürdiges Leben verdienen. Schließlich müsse Wien sparen, so das Argument.

Doch man muss äußerst kurzfristig sein, um an Spareffekte zu glauben, wenn hier lebenden Menschen der Boden unter den Füßen weggezogen wird und Kindern ihre Chancen geraubt werden. Das genaue Gegenteil wird der Fall sein. Die Spirale aus Wohnungsverlust, Würdeverlust, Chancenverlust und extremer Existenzunsicherheit wird die Stadt und unser Land sehr teuer kommen.

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK, MAIKO SAKURAI

SOZIALSTAAT

Keine Mindestsicherung mehr

Die Stadt Wien will subsidiär Schutzberechtigte mit Anfang 2026 vom Bezug der Mindestsicherung ausschließen. Das wird zur Folge haben, dass 10.000 Menschen, darunter 2.500 Minderjährige, die bereits jetzt armutsgefährdet sind, der Boden unter den Füßen weggezogen wird. SOS Mitmensch hat vom ersten Moment an scharf gegen diese Maßnahme protestiert und zur Unterzeichnung eines Appells an die Stadt Wien aufgerufen. Tausende Menschen sind diesem Aufruf gefolgt. Besonders befremdlich ist: Wien hat bis vor Kurzem noch selbst vor den



SOS Mitmensch kämpft gegen den Sozialhilfe-Ausschluss von Schutzberechtigten.

katastrophalen Folgen einer Kürzung bei armutsgefährdeten Menschen gewarnt. Jetzt schließt sich Wien den ausgrenzenden Bestimmungen der anderen Bundesländer an, wonach subsidiär Schutzberechtigte nur noch die weit unter der Armutsgrenze liegenden Grundversorgungsleistungen erhalten sollen. Allerdings gibt es in keinem anderen Bundesland auch nur annähernd so viele Betroffene. Und Wien bietet im Regelfall keine organisierten Quartiere an.

Das bedeutet: Betroffene müssen in Wien von den 425 Euro, die sie im Rahmen der Grundversorgung erhalten, ihre Miete und sämtliche Lebenshaltungskosten privat bezahlen. Ein menschenwürdiges Leben ist so nicht möglich. Es drohen Delogierungen und die Mangelversorgung von Kindern. SOS Mitmensch fordert, dass Spardruck nicht dazu führen darf, dass Menschen ins soziale Elend gestürzt werden. Das ist menschenfeindlich – und es kommt im Endeffekt sehr teuer.

DEMOKRATIE

So können wir die Demokratie schützen und stärken

SOS Mitmensch hat eine große Demokratie-Offensive gestartet: Mit Infoaktionen auf der Straße und mit der Webseite www.demokratietipps.at. Auf der Demokratie-Webseite informieren wir, welche Gefahren für unsere Demokratie lauern und was jede:r tun kann, um sie zu schützen und zu stärken. Darüber hinaus richten wir eine Reihe an konkreten Demokratie-Forderungen an die Politik.

Für uns ist klar: Es genügt nicht mehr, nur darüber zu reden, dass wir unsere Demokratie gegen autoritäre Kräfte verteidigen wollen. Angesichts der alar-



SOS Mitmensch ruft zum gemeinsamen Kampf für die Demokratie auf.

mierenden Entwicklungen weltweit und auch in Österreich müssen wir jetzt ins Tun kommen!

Dabei darf nicht vergessen werden: Unsere Demokratie wurde hart erkämpft. Viele Menschen mussten ihr Leben für

diesen Kampf lassen. Es ist ein großes Privileg und ein riesengroßer Glücksfall, heute in einem Staat leben zu können, der freie und faire Wahlen vorsieht, wichtige Grund- und Menschenrechte schützt und freien zivilgesellschaftlichen Protest gegen Unrecht und Korruption ermöglicht.

Deshalb ruft SOS Mitmensch zum Handeln auf: Wir dürfen unsere Demokratie und die mit ihr verbundenen Errenschaften niemals wieder aus der Hand geben! Genau jetzt ist die Zeit, um die Demokratie widerstandsfähiger, attraktiver und inklusiver zu machen!

RECHTSEXTREMISMUS

FPÖ-Aula-Liste

Aus Anlass des Nazi-Wiederbetätigungsprozesses gegen den ehemaligen Chefredakteur der rechtsextremen „Aula“ hat SOS Mitmensch eine lange Liste der zahlreichen FPÖ-Politiker:innen veröffentlicht, die das mit Neonazis und Holocaustleugnern sympathisierende Magazin gefördert haben. Es zeigt sich, dass hinter dem Angeklagten ein rechtsextremes System stand, das von nahezu der gesamten FPÖ-Parteiführung aktiv unterstützt wurde.

Eine Erhebung von SOS Mitmensch für den Zeitraum von 2008 bis 2017 ergab, dass die FPÖ allein in diesen zehn Jahren 130 teils großflächige Inserate in der „Aula“ geschaltet, 52 Interviews gegeben sowie 139 Beiträge, Leser:innenbriefe und Huldigungsschreiben verfasst hat. Zu den ehemaligen und aktiven FPÖ-Politikern, die die „Aula“ mitbetrieben, gefördert, bejubelt oder durch Auftritte legitimiert haben, zählen unter anderem Herbert Kickl, Walter Rosenkranz, Heinz-Christian Strache,



SOS Mitmensch hat den Prozess gegen die „Aula“ ins Rollen gebracht.

Manfred Haimbuchner, Norbert Hofer, Udo Landbauer, Mario Kunasek, Dominik Nepp, Harald Vilimsky, Hannes Amesbauer, Udo Guggenbichler, Axel Kassegger, Harald Stefan, Georg Mayer, Michael Raml, Martin Graf, Anton Mahdalik, Hubert Keyl und Gerhard Deimek.

Zu Redaktionsschluss stand der Ausgang des Prozesses noch nicht fest. Doch allein schon die Anklageerhebung zeigt, wie nahe sich wesentliche Teile der FPÖ an die ideologische Grenze zur Wiederbetätigung herangepircht haben.

ZIVILGESELLSCHAFT

Attacken auf freie Zivilgesellschaft gehen weiter

Die FPÖ führt ihre Anfang 2025 gestartete Kampagne zur Diskreditierung der freien Zivilgesellschaft fort. Neben dem Versuch, zivilgesellschaftliche Organisationen in Österreich und auf EU-Ebene pauschal in Misskredit zu bringen und Förderungen als „Verschwendung“ darzustellen, werden immer wieder auch einzelne Organisation, die nicht in ein rechtes Weltbild passen, herausgepickt und skandalisiert. SOS Mitmensch erklärt sich als rein spendenfinanzierte Organisation ausdrücklich solidarisch mit all jenen zivilgesellschaftlichen Vereinen, die für ihre

wertvollen Leistungen für das Gemeinwohl neben Spenden auch staatliche Förderungen und Abgeltungen erhalten. Ohne diese Organisationen wäre unsere Demokratie undenkbar! Ohne diese Organisationen gäbe es auch keinen funktionierenden Sozialstaat, keine starken Umweltschutzinitiativen, keine Beratung und Begleitung von verletzlichen Personen und vieles mehr! Es ist gerade die Zivilgesellschaft, die für mehr Transparenz kämpft. Mit dem Informationsfreiheitsgesetz ist ein wichtiger Schritt gelungen. Umso perfider sind die jetzigen Attacken. Wachsamkeit ist angesagt!

Winter kommt, Ankunftscentren geschlossen!

Der Winter kommt und der Terror und die Angriffe Russlands gegen die Ukraine gehen mit unveränderter Brutalität weiter. Dennoch wurden alle Ankunftscentren für Ukrainer:innen geschlossen. Österreich lässt damit im wahrsten Sinne des Wortes die Geflüchteten im Regen und in der Kälte stehen. Das ist unwürdig und wäre nicht notwendig!

Protest gegen Symposium für Antisemiten

SOS Mitmensch und andere Organisationen haben scharfen Protest gegen eine von Nationalratspräsident Walter Rosenkranz mitbetriebene Ehrungsveranstaltung im Parlament für den Antisemiten, NSDAP-Angehörigen und Arierungs-Profiteur Franz Dinghofer eingelegt. Wir sagen Nein zur Glorifizierung von Anhängern verbrecherischer Ideologien!

Protest gegen die massiven Sozialkürzungen

Österreichweit setzen immer mehr Bundesländer den Rotstift nicht nur bei Sozialleistungen, sondern auch bei Sozialprojekten an, die wertvolle Leistungen für jene Menschen erbringen, die am dringendsten Unterstützung brauchen. Dagegen formieren sich immer mehr Proteste! Die Budgetkrise darf nicht zu Lasten der Schwächsten gehen!



Proteste gegen den Kahlschlag im Sozialbereich.

WER DAZUGEHÖRT

Sechs Volksgruppen sind in Österreich bisher offiziell anerkannt. Ihre Geschichte erzählt viel über Identität, Verdrängung und den bis heute schwierigen Umgang mit Vielfalt in Österreich.

Text: Milena Österreicher

Es ist eine einfache Frage und doch bringt sie viele ins Stolpern: Wer sind die sechs anerkannten Volksgruppen in Österreich? Wer sie richtig aufzählt – Burgenlandkroat:innen, Kärntner Slowen:innen, Ungar:innen, Tschech:innen, Slowak:innen und Rom:nja – gehört wohl zu den wenigen, die im Geschichtsunterricht sehr gut aufgepasst haben oder selbst einer Volksgruppe angehören. Dabei erzählt diese scheinbar harmlose Wissensfrage viel über Österreich: über sein Verhältnis zur eigenen Geschichte, zur Vielfalt und zu jenen, die dazugehören. Oder für manche nicht dazugehören sollen.

Minderheit über Nacht

Doch was sind Volksgruppen eigentlich? Das Volksgruppengesetz von 1976 definiert sie als „Gruppen österreichischer Staatsbürger, die sich von der übrigen Bevölkerung durch Sprache und Volkstum unterscheiden und in einem Teil des Bundesgebietes ansässig sind“. Ziel war der Schutz historisch gewachsener Minderheiten, deren Präsenz bis in die Zeit der Habs-

burgermonarchie und darüber hinaus reicht. Denn im alten Österreich-Ungarn lebten Kroat:innen, Slowen:innen, Ungar:innen, Tschech:innen, Slowak:innen und Rom:nja seit Jahrhunderten mit- und nebeneinander. Mehrsprachigkeit war Alltag, Vorurteile und Reibungspunkte auch. Der Zerfall der Monarchie 1918 stellte diese Vielfalt auf eine neue Probe: Denn die Menschen blieben, die Grenzen nicht.

DER ZERFALL DER MONARCHIE BEDEUTETE: DIE MENSCHEN BLIEBEN, DIE GRENZEN NICHT.

Die burgenländischen Kroat:innen etwa siedelten im 16. Jahrhundert im damaligen Westungarn, wohin sie vor den Türkenkriegen geflohen waren. Als das Burgenland 1921 Österreich angeschlossen wurde, blieben sie, wo sie waren – und galten über Nacht als Minderheit. Auch die ungarische Bevölkerung im Nordburgenland fand sich jenseits einer neuen Grenze wieder. Ähnlich die Kärntner Slowen:innen: Sie lebten seit Jahrhunderten im Süden des Lan-



Illustration: P.M. Hoffmann

des. Nach dem Ersten Weltkrieg stritten Österreich und das neu gegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen um das Gebiet. 1920 entschied eine Volksabstimmung, dass Kärnten bei Österreich blieb. In Wien wiederum lebten zu dieser Zeit zehntausende Tschech:innen und Slowak:innen, die im 19. Jahrhundert als Arbeiter:innen in die Hauptstadt gekommen waren. Mit der Gründung der Tschechoslowakei 1918 wurden sie zur Minderheit im eigenen Zuhause. Auch die Rom:nja, seit dem 15. Jahrhundert auf heutigem

österreichischem Gebiet ansässig – sesshaft im Burgenland, reisend in anderen Regionen –, waren Teil der Habsburgermonarchie.

Vom Staatsvertrag zum Symbolstreit

Der österreichische Staatsvertrag von 1955 schrieb den Schutz der slowenischen und kroatischen Minderheiten fest – einschließlich zweisprachiger Ortstafeln und der Verwendung ihrer Umgangssprache als Amtssprache. Doch erst 1976 wurde es in ein eigenes Gesetz gegossen. Die Umset-

zung lief von Beginn an zäh: Das zeigte sich insbesondere im jahrzehntelangen Ortstafelstreit in Kärnten. Erst 2011 wurde eine politische Lösung erzielt. Doch noch heute werden zweisprachige Tafeln beschmiert. Mit dem Gesetz 1976 wurden auch sogenannte Volksgruppenbeiräte geschaffen. Sie bestehen aus Volksgruppenangehörigen, Vertreter:innen der Parlamentsparteien sowie der Kirche. Die Beiräte unterbreiten dem für Volksgruppen zuständigen Bundeskanzleramt (BKA) jährlich Vorschläge, welchen Projekten die Volksgruppenförderung zugutekommen soll. An der Zusammensetzung und dem Bestellungsmodus der Beiräte gibt es jedoch Kritik. Einerseits am politischen und kirchlichen Einfluss, andererseits daran, dass Volksgruppenvertreter:innen nur von großen festgelegten Vereinen vorgeschlagen werden

AN DER BESTELLUNG UND ZUSAMMENSETZUNG DER VOLKSGRUPPENBEIRÄTE GIBT ES KRITIK.

dürfen. Das BKA wählt sie anschließend aus. Die Folge: Manche Vertreter:innen sitzen seit Jahrzehnten im Beirat, während kritische oder jüngere Stimmen es oft gar nicht hineinschaffen, bemängeln Beobachter:innen. Mit der Schaffung von Volksgruppenbeiräten wurden 1976 auch die Volksgruppen der Ungar:innen und der (damals) Tschechoslowak:innen anerkannt, 1993 folgten die Rom:nja. Eine Volksgruppe gilt als anerkannt, sobald ein Beirat eingerichtet ist. Es ist ein politischer, kein rechtlich geregelter Prozess. Zwei Drittel im Nationalrat müssen einer Anerkennung zustimmen. Als Grundvoraussetzungen gelten: österreichische Staatsbürgerschaft, Pflege der eigenen Sprache und Kultur sowie



eine historische Verwurzelung im Land. Volksgruppen haben in ihren „autochthonen“ Gebieten theoretisch einige Rechte wie zweisprachige topografische Aufschriften oder Unterricht in ihrer Erstsprache. Diese Rechte sind jedoch kollektiver Natur: Sie lassen sich nicht individuell einklagen und hängen stark vom politischen Willen ab. Ähnlich verhält es sich mit der finanziellen Förderung, die 2025 insgesamt 7,7 Millionen Euro betrug. „Es gibt keinen Rechtsanspruch, auch nicht auf eine bestimmte Höhe“, sagt Richard Basler, Vorsitzender der ARGE Volksgruppen, einem Dachverband der anerkannten Volksgruppen. Die Pflege der Volksgruppen bleibe damit politisch abhängig und beruhe weitgehend auf ehrenamtlichem Engagement. Basler ist Historiker und selbst Angehöriger der tschechischen Volksgruppe. Er wünscht sich mehr Bewusstsein und Wissen rund um die Volksgruppen – in Politik wie Gesellschaft. „Wenn es keine Konflikte gibt, ist das Thema unsichtbar. Nur wenn es Streit gibt, wie bei den Ortstafeln, dann wird es plötzlich politisch brisant.“

Eine Frage von Alter und Gender

Ähnlich sieht es Vera Buranits, Mitglied im Kroatischen Akademischen Klub. Sie kam 2018 aus dem Burgenland nach Wien. „Ich bin in Mjenovo/Kroatisch Minihof aufgewachsen, wo Kroatisch selbstverständlich war: im Kindergarten, in der Schule, überall“, erzählt sie. Ihr Engagement sieht sie als diese Fortsetzung. „Viele meiner Generation haben das Gefühl: Wenn wir es nicht machen, macht es niemand mehr. Aber gleichzeitig ist es schwierig, neben Studium oder Job diese Arbeit zu leisten.“ Noch seien viele Vereine von älteren Männern geprägt. „Als wir 2018 das erste Mal einen reinen Frauenvorstand hatten, fragte jemand aus dem Publikum, ob sich denn kein Mann opfern wolle“, erzählt Buranits. „Das war absurd, aber

bezeichnend.“ Auch gendergerechte Sprache im Burgenlandkroatischen – einer eigenen, historisch gewachsenen Varietät des Kroatischen, die sich seit dem 16. Jahrhundert getrennt vom Standardkroatischen entwickelt hat – regten die Jungen an und stießen auf Widerstand: „Viele sagen: Es ist schon schwierig genug, die Leute dazu zu bewegen, die Sprache zu lernen.“

Ein zäher Kampf

Während in den Vereinen diskutiert wird, ringt die Politik um Daten. Die letzte Volkszählung mit Angaben zur Umgangssprache fand 2001 statt. Seither werden keine ethnischen oder sprachlichen Daten mehr erhoben – ein sensibles Thema in Ländern wie Österreich oder Deutschland. „Ohne Daten fehlt jedoch die Grundlage für sinnvolle Minderheitenpolitik“, sagt

JENISCHE, POL:INNEN UND BOSNIER:INNEN BEMÜHEN SICH UM DIE ANERKENNUNG ALS VOLKSGRUPPE.

Emma Lantschner, Minderheitenexpertin vom Zentrum für Südosteuropastudien der Universität Graz. „Man weiß schlicht nicht, wie sich die Volksgruppen entwickeln und wo sie heute wohnen.“ In anderen Ländern werde über freiwillige Angaben im Rahmen von Volkszählungen oder Kooperationen mit Forschungseinrichtungen gearbeitet. In Österreich dienen heute oft Vereinsmitgliederzahlen als gewisser Ersatzindikator. Wer viele Mitglieder hat, hat bei Förderungen und Beiratsbesetzungen mehr Gewicht. Wer klein ist oder sich lose organisiert, bleibt im politischen Schatten.

Dort sind momentan auch Gruppen, die sich um die Anerkennung bemühen. Seit der Anerkennung der Rom:nja 1993 ist keine neue Volksgruppe hinzugekommen. Doch andere Gemeinschaften

bemühen sich seit Jahren um denselben Status. Die Jenischen verweisen auf ihre jahrhundertlange Präsenz, polnische Organisationen auf ihre historischen Wurzeln in Österreich. Siradj Duhan, Vorsitzender der Gesellschaft bosnischer Akademiker in Österreich, kämpft für die Anerkennung der Bosnier:innen. 1993 fragte er erstmals im Bundeskanzleramt nach, wann „seine“ Gruppe an der Reihe sei. „Man sagte mir: In 25 bis 30 Jahren sprechen wir nochmal“, erinnert er sich. 2019 folgte ein neuer Anlauf: „Es war klar: Es gibt keine rechtlichen Hindernisse. Es braucht nur politischen Willen.“ Duhan verweist auf historische Gründe: Das gesamte Territorium des heutigen Bosnien und Herzegowina gehörte einst zum Habsburgerreich. Zudem war das zweite bosnisch-herzegowinische Regiment die höchstausgezeichnete Einheit der österreichisch-ungarischen Armee. Viele Familien leben nun seit Jahrzehnten in Österreich. „Wir wollen keine zweisprachigen Ortstafeln oder Unterricht“, sagt Duhan. „Wir wollen Schutz, Sichtbarkeit und Anerkennung unserer historischen Verdienste. Wenn wir heute ein bosnisches Kulturfest organisieren, möchte ich nicht hören: ‚Hörts auf damit, das ist nicht Österreich.‘ Wir wollen, dass anerkannt wird, dass wir Teil dieses Landes sind.“

Die Alten und die Neuen

Inoffiziell gilt zwar, dass Gruppen, die seit mindestens drei Generationen oder rund hundert Jahren im Land leben, anerkannt werden können. Neue Anerkennungen würden jedoch das bestehende System verändern: Jede neue Volksgruppe erhielte einen eigenen Beirat, einen Anteil am Budget und Mitsprache bei der Geldverteilung. Das macht die Frage zu einer politischen Gratwanderung. In Österreich bleibt die Unterscheidung zwischen „Volksgruppen“ und „Minderheiten“ tief ver-



Richard Basler ist Vorsitzender der ARGE Volksgruppen und bemängelt das fehlende Wissen über Volksgruppen in Politik wie Gesellschaft.

ankert. Volksgruppen gelten als Teil der Geschichte, als die „guten“ Minderheiten, während neue Zuwanderungsgruppen oft als fremd markiert werden. Selbst FPÖ-Politiker wie Nationalratspräsident Walter Rosenkranz betonen dann, dass der Verlust von Sprachen auch ein Verlust von Kulturgut und Identität sei. Es liege nicht zuletzt am Parlament, die Sprachenvielfalt in Österreich zu schützen und zu fördern, sagte er im Frühjahr 2025 bei der vom Nationalrat veranstalteten „Dialogplattform autochthoner Volksgruppen“.

Vietnam in Tschechien

Andere Länder legen ihren Minderheitenschutz inzwischen breiter aus. So wurde 2013 in Tschechien die vietnamesische Community offiziell als nationale Minderheit anerkannt – neben Gruppen wie den Pol:innen, den Deutschen oder den Rom:nja. Die vietnamesische Bevölkerung war in den 1970er- und 1980er-Jahren als Vertragsarbeiter:innen aus der sozialistischen „Bruderstaaten“-Kooperation nach Tschechien gekommen und hat sich seither fest im Land etabliert. Ihre Anerkennung brachte Sichtbarkeit, aber auch die Vertretung im Regierungsrat für nationale Min-



Vera Buranits ist Mitglied im Kroatischen Akademischen Klub. Sie kämpft um den Erhalt des Burgenlandkroatischen, das laut UNESCO vom Aussterben bedroht ist.

derheiten sowie Förderung kultureller Initiativen. Die Entscheidung war ein Signal: Minderheitenschutz kann sich verändern und neue Realitäten, die durch gesellschaftliche Entwicklungen entstehen, anerkennen. Auch in Österreich gäbe es Gruppen, die jahrzehntelang hier beheimatet sind, etwa die

TSCHECHIEN ERKANNT 2013 DIE VIETNAMESISCHE COMMUNITY ALS NATIONALE MINDERHEIT AN.

türkischen Gastarbeiter:innen, die gezielt angeworben wurden. Doch dieses politische Sprengfass aufzumachen, traut sich bislang niemand auf höchster Ebene.

Minderheiten im Schulterschluss

Während die Politik zögert, organisierte sich die Zivilgesellschaft bereits 1991 und gründete die Initiative Minderheiten. Das Ziel damals wie heute: Allianzen zwischen verschiedenen diskriminierten Gruppen zu bilden. „Wir wollten zeigen, dass verschiedene Minderheiten ähnliche Diskriminierungserfahrungen machen“, sagt Cornelia Kogoj, Geschäftsführerin der

Initiative. „Volksgruppenangehörige, Migrant:innen, LGBTIQ-Personen, Menschen mit Behinderung – sie alle erleben Ausgrenzung.“ Viele ihrer Anliegen – von Bildung über Gleichstellung bis zu politischer Teilhabe – überschneiden sich. Der Ansatz stieß anfangs auf Widerstand, gerade bei konservativen Volksgruppenvertreter:innen. Heute gebe es viel mehr Solidarität, sagt Kogoj. Sie wuchs im zweisprachigen Kärnten auf, in Globasnitz/Globasnica, wo Slowenischunterricht in den 1970er-Jahren noch als politisches Bekenntnis galt. „Meine Mutter wurde geschnitten, weil sie in einem slowenischen Lebensmittelgeschäft arbeitete. Das hat mich u. a. geprägt“, erzählt sie. Heute erlebt sie, dass junge Menschen Mehrsprachigkeit selbstverständlich leben. „Und trotzdem sind alte Ressentiments schnell wieder da. Das sehen wir bei den jüngsten Beschmierungen von zweisprachigen Ortstafeln oder an der Beschädigung eines Gedenksteines, der vor dem kärnten.museum an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert.“ Minderheitenschutz, sagt Kogoj, müsse breit gedacht werden. Gemeinsam dauere es vielleicht manchmal länger, doch man sei auch schwerer aufzuhalten. Besonders die junge Generation habe verstanden, dass es eine intersektionale Perspektive und enge Zusammenarbeit braucht. So zeigt auch die Initiative Minderheiten: Österreich war immer ein Land der vielen Stimmen – und ist es noch immer. Ein Teil davon ließe sich künftig vielleicht auch mit neuen Technologien bewahren, etwa durch digitale Übersetzungen oder mehrsprachige Verwaltungsangebote. Doch die eigentliche Aufgabe bleibt menschlich: Sie heißt politischer Wille und gesellschaftliches Bewusstsein. Denn die Geschichte der Volksgruppen erzählt von einem Land, das nie so homogen war, wie es sich selbst gern erzählt. Und vielleicht liegt gerade darin seine Stärke.

DAS NARRATIV GEHÖRT UNS

Jahrhundertlang wurden Rom:nja verfolgt, ausgegrenzt und zum Schweigen gebracht. Nun erhebt eine Generation junger Menschen ihre Stimme und kämpft um Sichtbarkeit, Stolz und gleiche Chancen.

Text: Emilija Ilić

Fotos: Christopher Mavrič

„Schon als Kind hatte ich das Gefühl, dass die echten Österreicher, die echten Serben, die echten Türken – die, die ein Land haben – viel mehr wert sind. Sie durften groß träumen. Ich sollte meine Träume klein halten“: Denis ist 28, lebt in Wien, hat studiert, arbeitet im Marketing und teilt auf Social Media Einblicke in sein Leben. Was auf den ersten Blick gewöhnlich wirkt, ist es auf den zweiten nicht. Denn: Denis gehört zur Volksgruppe der Rom:nja, einer Minderheit, die bis heute mit strukturellem Rassismus und Vorurteilen kämpft. Denis’ Eltern haben in jungen Jahren Serbien verlassen und sind nach Wien gekommen – mit Kleinkind an der Hand, ohne Geld und ohne ein Wort

Deutsch. „Meinen Eltern war Bildung sehr wichtig, sie haben mir und meinen Geschwistern alles geboten, sogar außerschulische Förderungen. Dafür bin ich ihnen sehr dankbar“, erzählt Denis. Als Mann mit Migrationsgeschichte

ALS ROM UND MANN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE AUS DER ARBEITERKLASSE KENNT ER VIELE HÜRDEN.

aus der Arbeiterklasse weiß er, wie es ist, bescheiden zu leben und auf gesellschaftliche Hürden zu stoßen. Als Rom weiß er, wie es ist, Diskriminierung aufgrund der eigenen Herkunft zu erfahren. Sei es durch Lehrpersonen, die ihm den Aufstieg ins Gymnasium verweh-

ten, durch Alltagsrassismus oder Hass im Netz. „Als Jugendlicher war ich verwirrt, auf welche Kultur ich stolz sein soll. Viele Roma sind gesellig und musikalisch, aber auch negative Dinge wie das Stehlen werden mit ihnen verbunden. Darauf konnte ich nicht stolz sein.“ Aufgrund dieser Vorurteile hat er bis zuletzt damit gerungen, seine Herkunft auf Social Media zu thematisieren. Denis’ Erfahrungen sind kein Einzelfall. Sie liegen in einer Geschichte, die von Jahrhunderten der Ausgrenzung geprägt ist.

Wer sind Rom:nja?

Mit rund 14 Millionen Menschen bilden Rom:nja und Sinti:zze die größte ethnische Minderheit Europas. Die



Stolze Rom:nja: Santino Stojka, Pia Thomasberger und Denis Sign setzen sich für die Community ein. Santino und Pia im ersten Jugendverein der Volksgruppe (HÖR), Denis auf Social Media.

Community besteht aus vielen Gruppen mit eigenen Sprachen, Traditionen und Lebensweisen. Ursprünglich stammen Rom:nja aus Indien und gelangten im Laufe der Jahrhunderte nach Europa. Beim ersten Roma-Weltkongress 1971 wurde „Roma“ als gemeinsamer Begriff für die europäische Minderheit eingeführt. Er umfasst über 40 Gruppen, darunter etwa Sinti, Lovara, Burgenland-Roma oder Kalderaša. Die älteste ansässige Gemeinschaft in Österreich ist die der Burgenland-Rom:nja. Die Sprache Romanes wurde in den 1990er-

Jahren standardisiert und wird heute wieder an burgenländischen Schulen angeboten.

Während eine junge Generation heute in Kunst, Wissenschaft und Aktivismus sichtbar wird, leben viele Rom:nja weltweit noch immer in Armut und sind täglich mit strukturellem Rassismus und Ausgrenzung konfrontiert. Eine der sichtbarsten Formen dieser Diskriminierung ist bis heute die abwertende Fremdbezeichnung mit dem Z-Wort. Im Nationalsozialismus diente der Begriff als zentraler Verfolgungsbegriff,

der Buchstabe Z wurde in die Haut tätowiert. Doch schon Jahrzehnte davor wurden Rom:nja und Sinti:zze in Europa überwacht, registriert und als „asozial“ abgestempelt.

Mit dem Anschluss 1939 begann die systematische Verfolgung: Rom:nja verloren ihr Wahlrecht, ihre Kinder durften keine Schulen mehr besuchen, Ehen mit Nicht-Rom:nja wurden verboten. Viele wurden zur Zwangsarbeit verschleppt, verhaftet oder in Konzentrationslager gebracht. Im burgenländischen Lackenbach, dem größten Rom:nja-Zwangsarbeitslager Österreichs, starben hunderte Menschen, darunter viele Kinder, an Hunger, Krankheiten und Gewalt. Ab 1941 begannen die Deportationen, zuerst ins polnische Ghetto Litzmannstadt, später in das Vernichtungslager

**VON DEN 12.000 ROM:NJA
AUS DEM BURGENLAND
ÜBERLEBTEN NUR RUND
1.200 DEN VÖLKERMORD.**

Auschwitz-Birkenau. In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 ermordeten die Nationalsozialisten alle verbliebenen Häftlinge des Lagers. Von den rund 12.000 Rom:nja und Sinti:zze aus dem Burgenland überlebten nur etwa 1.200 den Völkermord.

Eine Generation gegen das Vergessen

Der Völkermord an den Rom:nja bleibt weltweit und in Österreich bis heute unsichtbar. Gegen Wissenslücken wie diese setzt sich die HÖR (Hochschüler*innenschaft österreichischer Roma und Romnja) an Universitäten und Schulen ein. Der erste Jugendverein der Volksgruppe entstand 2021 mit dem Ziel, die Community junger Rom:nja zu stärken, gegen Antiziganismus einzutreten und die Rom:nja-Perspektive in



Für junge Rom:nja fehle es bis heute an Räumen, in denen sie sich austauschen und sichtbar werden können. Es sei oft unklar, welche Regelungen und Förderungen auch für Rom:nja gelten.

der österreichischen Öffentlichkeit zu vermitteln. „Die hohen Opferzahlen der Rom:nja und Sinti:zze im Holocaust erhalten wenig Platz. Länder wie Österreich und Deutschland tun sich schon schwer genug mit der Verantwortung gegenüber anderen Betroffenen, Rom:nja stehen da in der Priorität noch weiter hinten“, erklärt Pia Thomasberger, Vizepräsidentin der HÖR. Pia engagiert sich seit Jahren bei der HÖR, so wie auch Santino Stojka. Doch ihr Zugang zur eigenen Identität könnte kaum unterschiedlicher sein: zwei Perspektiven, die zeigen, wie vielfältig Roma-Sein heute gelebt wird. Santino ist Nachfahre von Ceija Stojka – jener Frau, die drei Konzentrationslager überlebte und als erste Romni in Österreich über die Verbrechen der Nationalsozialisten an der Volksgruppe schrieb. Schon früh wusste Santino, was es heißt, Rom zu sein, die Geschichte mitzutragen und Verantwortung für die eigenen Rechte zu übernehmen. Pia hingegen konnte sich lange nicht mit dem Rom:nja-Sein identifizieren. Scham war in ihrer Familie tief verankert, eine Folge der Nachkriegszeit, als viele Rom:nja versuchten, sich zu assimilieren, um sich zu schützen. Mit der HÖR fand sie einen Safe Space, in dem

sie ihre Identität annehmen und auch selbstbewusst anerkennen kann. „Für mich ist es sehr wichtig, aktivistisch zu arbeiten“, sagt Pia. „Ich will, dass kein anderes Kind das Gefühl hat, es müsse seine Identität verstecken.“ In Österreich gibt es zwar einige etablierte Rom:nja-Vereine, doch HÖR ist der erste, der sich gezielt an junge Menschen richtet. Die Idee: Aufarbeitung beginnt dort, wo Bildung passiert.

"ICH WILL, DASS KEIN KIND DAS GEFÜHL HAT, ES MÜSSE SEINE IDENTITÄT VERSTECKEN", SO PIA.

Wenn junge Rom:nja früh über ihre Geschichte aufgeklärt sind, können sie Wissen weitertragen. Die Zusammenarbeit mit Institutionen und Politik ist für den Verein allerdings schwierig. Die jungen Aktivist:innen fühlen sich von älteren Politiker:innen nicht ernst genommen – eher wie Jugendliche, denen man eine „rebellische Phase“ nachsagt. Auch die rechtliche Lage ist herausfordernd. Das Volksgruppengesetz stammt aus einer Zeit, in der Rom:nja noch gar nicht als Volksgruppe anerkannt waren. Heute ist oft unklar, welche Regelungen

und Förderungen wirklich für sie gelten. Sowohl Pia, Santino als auch Denis sind sich einig, was es in Österreich für die Rom:nja-Community braucht: Bildung, Aufklärung und positive Vorbilder. „In der Schule erfährt man kaum etwas über unsere Geschichte“, so Santino. Für junge Rom:nja fehle es an Räumen, in denen sie sich austauschen und sichtbar werden können – Orte, wie sie andere Volksgruppen längst haben.

Auch Denis betont die Bedeutung von Repräsentation. Auf seinem TikTok-Kanal *denis_sign* begeistert er rund 15.000 Follower:innen. Mit einem Augenzwinkern gibt er Einblicke in sein Leben als „unverheirateter Rom“, der Klischees abschüttelt, seinen Weg geht und Alltagsrassismus aufzeigt. Er möchte mit seinen Social Media-Videos das Vorbild sein, das er selbst als Achtjähriger gebraucht hätte: Jemand, der zeigt, dass Rom:nja ihre Träume nicht runterschrauben müssen. Wenn ihm heute junge Leute schreiben, dass sie sich durch ihn zum ersten Mal gesehen fühlen und an sich glauben, weiß er, dass er auf dem richtigen Weg ist.

Ob im Aktivismus, in der Schule oder auf sozialen Medien – was die drei verbindet, ist ein gemeinsames Ziel: Ihre Community sichtbar zu machen. Sie sind laut und unbeirrt, auch wenn sie sich damit angreifbar machen. Sie wollen nicht länger stillhalten, sondern fordern ein, was ihnen zusteht. Und damit stehen sie für eine Generation junger Rom:nja, die sich von Stigmatisierung lösen und selbstbewusst zeigen möchte.

Hinweis der Autorin: In diesem Beitrag werden Stereotype und rassistische Begriffe genannt. Texte, die über Rassismus aufklären möchten, reproduzieren Rassismen.

Emilija Ilić ist freie Journalistin und Moderatorin.

BITTSTELLER:INNEN DER REPUBLIK

Der österreichische Staat hat sich gesetzlich dazu verpflichtet, seine autochthonen Minderheiten zu schützen, doch ihre Sprache und Kultur sind stark gefährdet. Viele ihrer Vertreter:innen fühlen sich wie Bittsteller:innen, wenn sie um Förderungen ansuchen. So auch die Burgenlandkroat:innen.

Text: Sonja Kittel

„Immer dann, wenn die offizielle österreichische Politik darüber spricht, wie stolz sie auf die Vielfalt ihrer Minderheiten ist, sind das geflügelte Worte“, sagt Theresa Grandits, Chefredakteurin der Hrvatske novine. Die Wochenzeitung ist seit der Umstrukturierung der Volksgruppenförderung 2021 das Leitmedium der

**VOLKSGRUPPENMEDIEN
MÜSSEN REGELMÄSSIG
UM IHREN FORT-
BESTAND ZITTERN.**

Burgenlandkroat:innen und muss, wie andere Volksgruppenmedien und -vereine auch, regelmäßig um ihren Fortbestand zittern. Denn langfristige Planungssicherheit gibt es auch nach der vermeintlichen Verdopplung des Fördervolumens für Volksgruppen vor vier Jahren nicht. Förderzusagen gibt es nur für ein bis zwei Jahre.



Die "Hrvatske novine", die Wochenzeitung der Burgenlandkroat:innen, erscheint seit 1922. Sie zählt zu den ältesten Zeitungen Ostösterreichs, die noch immer erscheint.

Umstrukturierung des Förderwesens

Die damalige Kanzleramtsministerin Susanne Raab (ÖVP) nannte es einen „Meilenstein“ und „Ausdruck historischer Verantwortung“, als der Ministerpräsident eine Erhöhung der Volksgruppenförderung von 3,9 Millionen Euro auf 7,9 Millionen Euro beschloss. Sie vergaß jedoch zu erwähnen, dass es seit den Neunzigern keine Valorisierung gegeben hatte, was einen großen Teil der Erhöhung in der Praxis wieder auffraß. Auch das Förderwesen an sich wurde neu strukturiert. Anstatt eines einzigen Fördertopfs gibt es für Vereine, Stiftungen und Fonds, die mit ihrer Arbeit zum Erhalt der Volksgruppen beitragen, nun zusätzliche Töpfe für „Interkulturelles“ und „sonstige Zuschüsse“.

Außerdem gibt es eine Medienförderung, die jeweils an ein von der Volksgruppe bestimmtes Leitmedium ausgezahlt wird. Im Fall der Burgenlandkroat:innen die Hrvatske novine. „Unsere Aufgabe ist es, das burgenländisch-kroatische Leben zu dokumentieren und Themen aufzugreifen, die die Volksgruppe betreffen“, erklärt Chefredakteurin Grandits. Dies können Berichte über ein Tamburica-Konzert in Großwarasdorf/Veliki Borištov oder Wahlen in Kroatien sein. Genauso gibt es aber auch eine Kinderseite, Kreuzworträtsel und Nachrichten aus aller Welt.

Die Zeitung muss Infrastruktur, Mitarbeitende und sonstige Kosten tragen. Ohne die Medienförderung wäre das nicht machbar. „Im Mehrheitskontext versteht man unter Leitmedium eine qualitativ hochwertige Zeitung, die einen hochaktuellen Internetauftritt hat und gerade für junge Menschen einen spannenden Social Media Content liefert“, sagt Grandits. Mit den 283.000 Euro, die der Zeitung für 2025 zugesprochen wurden, könne man gerade ein Minimum vollziehen und nie die Professionalität anderer österreichischer Zeitungen erreichen.



Gabriela Novak-Karall ist die Geschäftsführerin des Kroatischen Zentrums/Hrvatski Centar, im Vorstand des kroatischen Pressevereins und Mitglied des kroatischen Volksgruppenbeirats.

Auch für das Hrvatski Centar, das Kroatische Zentrum, ist die Volksgruppenförderung existentiell. Die Dachorganisation für burgenländische Kroat:innen in Wien betreibt den einzigen kroatisch-deutschen Kindergarten der Stadt, organisiert Kulturveranstaltungen und Sprachkurse, produziert den „Centar.Podcast“ und bietet Platz für einen Chor und eine Folklore-Gruppe. „Wir sind keinen Repressionen ausgesetzt, aber wir sind eben auch nicht auf der-

"WIR SIND NICHT AUF DERSELBEN EBENE WIE DIE MEHRHEITS- GESELLSCHAFT."

selben Ebene wie die Mehrheitsgesellschaft, was schulische Bildung, mediale Versorgung oder politische und kulturelle Partizipation anbelangt“, sagt Gabriela Novak-Karall, Leiterin des Hrvatski Centar.

Intransparente Vergaben

Novak-Karall ist auch Mitglied des Volksgruppenbeirats. Jede anerkannte Volksgruppe in Österreich hat einen solchen Beirat beim Bundeskanzleramt. Sie sollten die Bundesregierung seit Ver-

abschiedung des Volksgruppengesetzes 1976 beraten und Vorschläge für die Vergabe der Förderungen machen. Sowohl Novak-Karall selbst als auch Theresa Grandits sprechen hier jedoch von einer sehr willkürlichen und intransparenten Besetzung.

Der Beirat besteht aus einer politischen Kurie mit zehn Vertreter:innen von SPÖ und ÖVP – ein Überbleibsel aus der Zeit, als die beiden Parteien noch deutliche Mehrheiten hatten – und einer Vereinskurie. Dort entscheiden zwölf Personen von bestimmten Volksgruppenvereinen und zusätzlich zwei Kirchenvertreter:innen.

Auffällig sei, dass zwei der burgenländisch-kroatischen Vereine eindeutig parteipolitisch sind, und mit der politischen Kurie eine Mehrheit bilden können. „Jeder Antrag kann so automatisch geregelt werden und das zeigt sich auch in den Abstimmungsergebnissen“, meint Grandits. Bestimmte größere Vereine dürfen Vorschläge für die Volksgruppenvertretung im Beirat machen, wobei vor allem Frauen und junge Menschen kaum eine Chance bekommen. Nur drei Frauen und eine Person unter dreißig finden sich aktuell bei den Burgenlandkroat:innen in der Vereins-



Theresa Grandits ist Chefredakteurin der burgenländisch-kroatischen Wochenzeitung Hrvatske novine.

kurie. Ähnlich undurchsichtig wie die Zusammensetzung des Beirats ist auch die Vergabe der Förderungen. Während die Beiräte bei dem allgemeinen Fördertopf für Volksgruppen einen Vorschlag abgeben, dem meistens gefolgt wird, entscheidet bei den neu geschaffenen Töpfen eine im Bundeskanzleramt angesiedelte Kommission, deren Mitglieder nicht öffentlich bekannt sind. Es gibt kein Feedback, warum Förderanträge angenommen oder abgelehnt wurden und der Verteilungsschlüssel verändert sich wenig. „Es ist selten so, dass die Projekte inhaltlich bewertet werden. Der Beirat schaut, wie es im letzten Jahr war, und nichts bewegt sich“, sagt Novak-Karall.

Förderung wieder gekürzt

Neben der Volksgruppenförderung gibt es von staatlicher Seite noch einen Fördertopf für Volksgruppen im Bildungsministerium, der etwa beim Hrvatski Centar das Jahresprogramm für Kultur- und Bildungsangebote unterstützt. Auch EU-Förderungen wären noch möglich, doch der administrative Aufwand sei so hoch, dass laut Novak-Karall keine Zeit mehr für die eigentliche Arbeit bleiben würde.

Eine breite Aufstellung bei der Finanzierung ist jedoch notwendiger denn je: Die österreichische Bundesregierung hat eine Kürzung der Fördertöpfe „Interkulturelles“ und „sonstige Zuschüsse“ beschlossen. 189.000 Euro weniger waren es 2025, 600.000 Euro weniger werden es im nächsten Jahr sein.

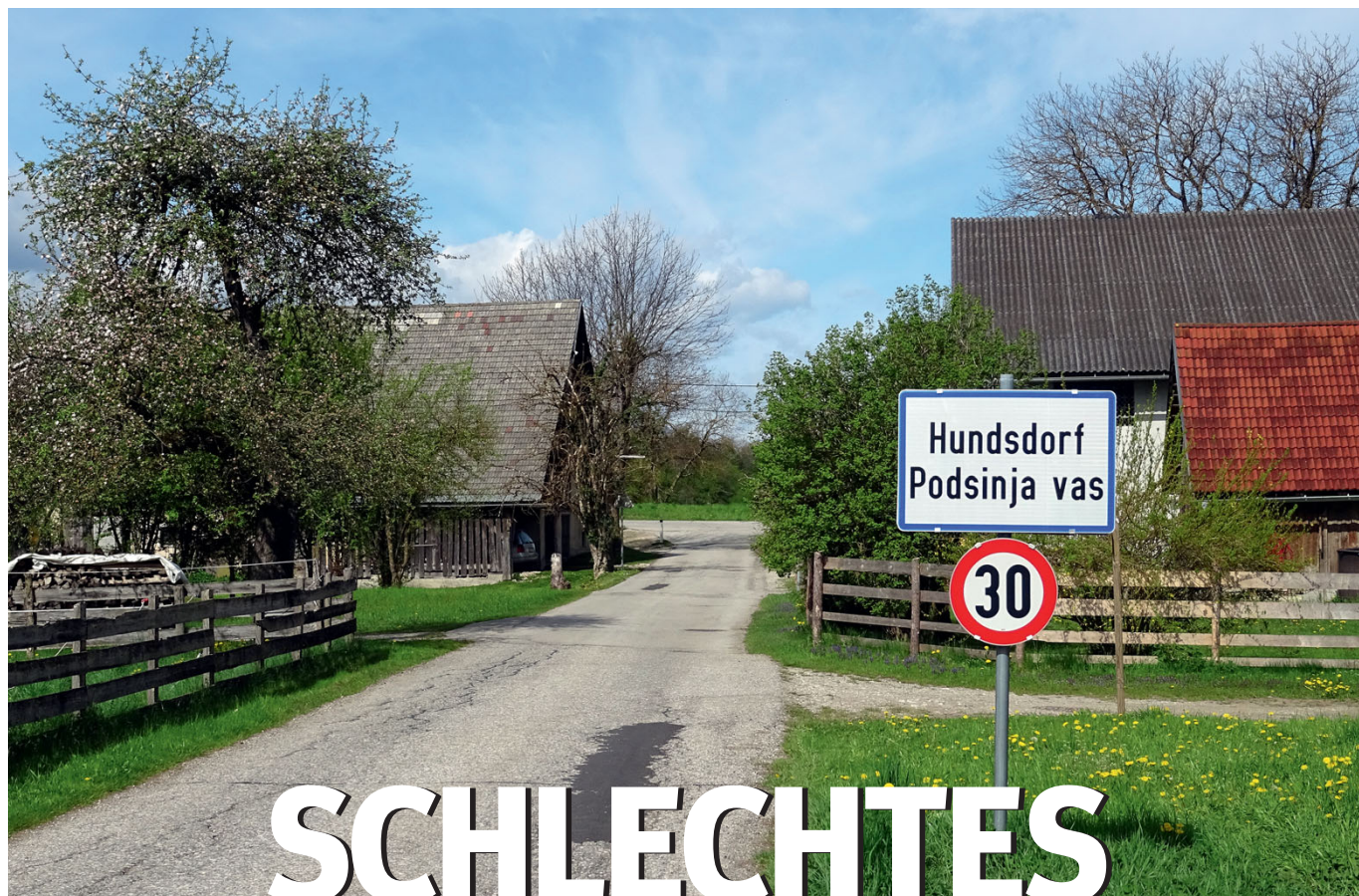
Das schrumpfende Budget macht es neuen Initiativen nicht gerade leicht, Förderungen zu bekommen. „Es ist wichtig, dass Vereine, die konkre-

DIE FÖRDERTÖPFE WURDEN WIEDER GEKÜRZT. NEUE INITIATIVEN HABEN EINEN SCHWEREN START.

te Aufgaben übernommen haben und eine räumliche und personelle Infrastruktur benötigen, die Sicherheit haben, dass diese Tätigkeit weiter gefördert wird. Platz für Neues ist aber da“, meint Gerlinde Stern-Pauer. Sie ist Gründungsmitglied der KUGA, die seit 43 Jahren ein breites burgenland-kroatisches Angebot vom Baby-Café über Kinder- und Jugendchöre und Rock- und Pop-Workshops bis zu Gesundheits-, Bewegungs- und Sprachkursen anbietet. In diesem Jahr erhielt

der Verein 150.000 Euro aus der allgemeinen Volksgruppenförderung. Aus dem Topf „sonstige Zuschüsse“ kamen noch einmal 41.475 Euro für 2024 und 2025 dazu, die für notwendige Infrastrukturmaßnahmen beantragt wurden. „Es hat viel zu lange gedauert, bis der politische Wille da war, den Volksgruppen Rechte zu gewähren. Heute ist vieles besser geworden, aber es gibt noch Luft nach oben“, sagt Stern-Pauer. „Es gibt einen Staatsvertrag, mit dem Österreich als demokratischer und souveräner Staat wiederhergestellt wurde. In diesem Staatsvertrag sind Rechte für anerkannte Minderheiten niedergeschrieben, zu denen Österreich sich verpflichtet hat“, beantwortet Chefredakteurin Theresa Grandits die Frage, warum es extra Förderungen für Volksgruppen gibt. Burgenlandkroatisch sei mittlerweile eine stark gefährdete Sprache. Davor warnte auch 2009 schon eine Studie der UNESCO. Grandits wünscht sich bei den Förderungen eine klare Zielsetzung, Transparenz und gut gesetzte Schwerpunkte. Gabriela Novak-Karall, Leiterin des Hrvatski Centar, versucht innerhalb der Volksgruppen anzusetzen und hofft, die Vereine besser zu strukturieren und Aufgaben klar zu verteilen: Wer gibt Bücher heraus? Wer macht welche Kurse? Wer erstellt welche Infomaterialien? Jeder Verein sollte sein Profil schärfen und sein Segment betreuen. Von der Regierung fordert sie mehr Planungssicherheit und Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Novak-Karall resümiert: „Die Volksgruppen gehören in der Realität nicht wirklich zum Selbstverständnis Österreichs und solange wir nicht dort sind, fühle ich mich weiterhin als Bittstellerin.“

Sonja Kittel beschäftigt sich als freie Journalistin und Autorin gerne mit verschiedenen Lebensgeschichten und den Menschen dahinter.



SCHLECHTES ZEUGNIS IN DER SPRACHPOLITIK

Der Sprachwissenschaftler Rudolf de Cillia hat sich intensiv mit der österreichischen Sprachpolitik gegenüber den autochthonen Minderheiten auseinandergesetzt. Er erklärt, wie sich diese aktuell gestaltet und wo Aufholbedarf besteht.

Interviews: Salme Taha Ali Mohamed

Wie sind die Sprachenrechte der autochthonen Minderheiten geregelt?

Der Artikel 7 des Staatsvertrags von 1955 formuliert diese erstmals für die slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, im Burgenland und der Steiermark. Darin ist unter anderem festgelegt, dass sie das Recht auf

eigene Organisationen, Versammlungen und Presse sowie „Elementarunterricht“ und Mittelschulen in ihren Sprachen haben. Außerdem sind diese als Amtssprachen in den betreffenden Verwaltungs- und Gerichtsbezirken zugelassen. Auch zweisprachige topografische Aufschriften sind hier vorgesehen.

Was änderte sich durch das Volksgruppengesetz 1976?

Das Gesetz definierte den Terminus „Volksgruppe“ erstmals und führte das numerische Prinzip ein. Außerdem schafft es sogenannte „Volksgruppenbeiräte“, durch die auch die ungarische, tschechische, slowakische Min-

derheit und die der Roma anerkannt werden konnten. Im Jahr 2000 wurde der Schutz der „autochthonen Volksgruppen“ in der Bundesverfassung festgeschrieben. Die Österreichische Gebärdensprache (ÖGS) wurde 2005 verfassungsrechtlich als eine der sieben Minderheitensprachen anerkannt. Ihre Benützer:innen fallen jedoch nicht unter die Volksgruppen und für sie gelten Regelungen wie die topografischen Aufschriften auch nicht.

Was ist das numerische Prinzip?

Das Volksgruppengesetz hatte 25 Prozent für die Ortstafeln und 20 Prozent für die Amtssprachenregelung festgelegt, wogegen Angehörige der Minderheiten Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof eingelegt hatten. Zweisprachige Ortstafeln müssen nun nach der seit 2011 gültigen Regelung in Ortschaften aufgestellt werden, wo circa 17,5 Prozent der lokalen Bevölkerung der Sprachminderheit angehören.

Wie werden die Sprachenrechte heute gehandhabt?

Allgemein kann man sagen, dass die Zweite Republik nur zögerlich und widerstrebend die im Artikel 7 des Staatsvertrags garantierten Rechte umgesetzt hat. Die Minderheiten mussten diese teilweise durch VfGH-Entscheide durchsetzen. 1972 wurden die ersten zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten aufgestellt und innerhalb weniger Tage von Gegner:innen beim sogenannten Ortstafelsturm abmontiert. Im Burgenland gibt es erst seit 2000 zweisprachige Ortstafeln.

Was die Amtssprachenregelung betrifft, gibt es kein zweisprachiges Beamtentum wie etwa in Südtirol. Stattdessen werden Dolmetscher:innen zur Verfügung gestellt. Im Burgenland und in Kärnten wird der Unterricht durch eigene Minderheitenschulgesetze geregelt. Aber



Sprachwissenschaftler Rudolf de Cillia spricht sich für weitere zweisprachige Bildungsmodelle aus.

nur im Burgenland berücksichtigt das Kindergartengesetz die autochthonen Sprachen. In den Volksschulen der betroffenen Regionen gibt es zweisprachigen Unterricht, in den Mittelschulen nicht – mit Ausnahme der Mittelschu-

"DIE ZWEITE REPUBLIK HAT DIE GARANTIERTEN RECHTE NUR WIDER- STREBEND UMGESETZT."

le in Groß Warasdorf/Veliki Borištof. Das slowenische Gymnasium und eine zweisprachige Handelsakademie in Klagenfurt/Celovec garantieren eine durchgehende zweisprachige Ausbildung bis zur Matura. Das bietet auch das Volksgruppengymnasium im burgenländischen Oberwart/Felsőőr/Borta in den Sprachen Ungarisch und Kroatisch. Für die Slowen:innen in der Steiermark gibt es keine eigenen schulgesetzlichen Regelungen.

Und in Wien?

Der Schulverein Komenský bietet in

einer Privatschule tschechisch- und slowakischsprachigen Kindern eine zweisprachige Ausbildung vom Kindergarten bis zur Matura.

Wie sieht es mit Romanes aus?

Es gab lange keine Regelungen, weil diese Sprachvarietät nicht verschriftlicht war. Linguist:innen haben in den 1990ern begonnen, die Varietät aus Oberwart/Erba zu standardisieren. Im Burgenland wird die Sprache als unverbindliche Übung und in Wien im freiwilligen Erstsprachenunterricht angeboten.

Wäre es sinnvoll, ähnliche Förderungen für nicht-autochthone Minderheiten bereitzustellen?

Ja, natürlich. Es gab bereits in der Vergangenheit Modelle zweisprachiger Alphabetisierung, die sich an denen der autochthonen Sprachminderheiten orientierten. In einer Schule des BFI im 5. Bezirk kann man etwa neben Französisch und Italienisch auch in BKS (Bosnisch/Kroatisch/Serbisch) maturieren. Diese Modelle gehören weiter forciert.

Welche Auswirkungen hat die aktuelle Sprachenpolitik auf das Fortbestehen der Minderheitensprachen?

Für die meisten Minderheitenangehörigen ist eine durchgehende zweisprachige Sozialisation aufgrund dieses mangelnden Angebots schwer möglich. Das Burgenlandkroatische steht auf der Liste der bedrohten Sprachen.

Wenn man den Umgang anderer europäischer Länder mit Sprachminderheiten vergleicht, schneidet die österreichische Minderheitensprachenpolitik schlecht ab. Man muss nur nach Südtirol blicken, wo Österreich als Schutzmacht mehr bemüht war, die Sprachenrechte der deutschsprachigen und ladinischen Minderheit zu unterstützen als die derer im eigenen Land.

„Die Volksgruppen haben historisches Unrecht erlebt“

In Österreich ist der Schutz der anerkannten Volksgruppensprachen in der Verfassung festgeschrieben. Die Sprachwissenschaftlerin und Vorstandsmitglied von ARGE Volksgruppen Eva Maria Wohlfarter erläutert, warum das wichtig ist.

Warum ist der Schutz der anerkannten Volksgruppensprachen so wichtig?

Der Erhalt und die Förderung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt der Republik Österreich, die in den autochthonen Volksgruppen zum Ausdruck kommt, sind in der Verfassung gesetzlich abgesichert. Europa ist ein Kontinent der Vielfalt und die Volksgruppen in Österreich sind ein wichtiger Teil davon, auf den wir stolz sein können.

Zudem haben die Volksgruppen historisches Unrecht in Österreich erlebt. Ich denke da etwa an die Kärntner Slowen:innen, die im Nationalsozialismus vertrieben und ermordet wurden und auch danach noch einem hohen Assimilationsdruck ausgesetzt waren, oder an die Roma und Sinti, die in der NS-Zeit einem Genozid (Porajmos) zum Opfer gefallen sind. Auch deswegen hat die Republik Österreich die Verantwortung, die Volksgruppen zu schützen und zu fördern.

Für die Umsetzung der Sprachenrechte gilt neben dem numerischen das sogenannte Territorialprinzip. Macht dieses heutzutage noch Sinn?



Sprachwissenschaftlerin Eva Maria Wohlfarter betont die historische Verfolgung und den Assimilationsdruck auf Volksgruppen.

"EIN VOLKSGRUPPEN-GYMNASIUM IN WIEN MIT ALLEN SPRACHEN WÄRE WÜNSCHENSWERT."

Laut dem Territorialprinzip können die Volksgruppenrechte nicht auf dem gesamten österreichischen Gebiet geltend gemacht werden, sondern nur in jenen Regionen, in denen die Volksgruppen historisch verwurzelt sind und eine bestimmte Mindestanzahl an Angehörigen haben. Wenn diese jedoch aus den festgelegten Territorien in einen an-

deren Teil Österreichs umziehen, der nicht dazu zählt, verlieren sie ihren Anspruch auf bestimmte Sprachenrechte. Das kann bedeuten, dass ihre Kinder keinen zweisprachigen Unterricht mehr erhalten oder dass sie bei Amts- und Behördengängen keine Übersetzung verlangen können. Deswegen wird das Territorialprinzip von vielen Expert:innen und Betroffenen als überholt angesehen. Denn Angehörige der Volksgruppen sind schon lange genauso mobil wie die Mehrheitsbevölkerung.

Sollte der Staat den Volksgruppen dementsprechend auch unabhängig des Territorialprinzips Förderungen für die Pflege ihrer Sprachen erteilen?

In der ARGE Volksgruppen verfolgen wir den Grundsatz, dass die Volksgruppen überall dort zu schützen sind, wo ihre Sprecher:innen leben. In diesem Sinne ist etwa ein Volksgruppen-gymnasium in Wien wünschenswert, in dem alle Sprachen der Volksgruppen unterrichtet werden. Das wäre eine Bildungseinrichtung mit großer Symbolwirkung über die Grenzen der Republik hinaus.

ZWEI IDENTITÄTEN, EIN LAND

Während die Zweisprachigkeit in Kärnten präsenter wird, reißt der Polizeieinsatz am Peršmanhof in der Volksgruppe der Kärntner Slowen:innen alte Wunden auf.

Text: Magdalena Pichler

Am 27. Juli 2025 fand am Peršmanhof in Kärnten ein umstrittener Einsatz statt: Polizei, Fremdenamt und Bezirkshauptmannschaft stürmten an jenem Tag mit einer großen Mannschaft den Hof, wo sich gerade Teilnehmer:innen eines vom KSŠSD (Klub slovens-

1945 STÜRMTE DIE SS DEN PERŠMANHOF UND ERMORDETE ELF MENSCHEN, DARUNTER SIEBEN KINDER.

kih študentk*študentov na Dunaju), dem Studierendenverein Kärntner Slowen:innen in Wien, organisierten internationalen antifaschistischen Sommercamps befanden. Die Begründung war unter anderem: Illegales Campen und Verstöße gegen das Naturschutzgesetz. Eine Kommission des Innenministeriums stellte nun drei Monate später



Der Gedenkort an den Widerstand der Kärntner Slowen:innen gegen das NS-Regime wurde im Juli 2025 Schauplatz eines Polizeieinsatzes, inklusive Hubschrauber und Polizeihundeführerin.

in ihrem Abschlussbericht fest, dass der Einsatz in vielerlei Hinsicht rechtswidrig und unverhältnismäßig war. Der Peršmanhof ist nicht irgendein Hof in Kärnten. 1945 stürmten SS-Männer des Polizei-Gebirgsjäger-Regiments den Hof und ermordeten dort elf Menschen, darunter sieben Kinder. Die

Bewohner:innen des Hofes unterstützten damals die Partisan:innenbewegung, die als einziger bewaffneter Widerstand in Österreich gegen das NS-Regime gilt. Heute ist der Peršmanhof ein Gedenkort und beherbergt ein Museum zum Widerstand der Kärntner Slowen:innen gegen das NS-Regime.



Aleks Smolnik engagiert sich beim Studierendenverein Kärntner Slowen:innen in Klagenfurt. Dort könne man Slowenisch sprechen, ohne komisch angeschaut zu werden.

Wenig Wissen vorhanden

Bis heute mangelt es vielen in Österreich an Wissen rund um die Geschichte Kärntens und die der slowenischsprachigen Volksgruppe. Zentral ist dabei der 10. Oktober als Tag der Volksabstimmung. Der Tag ist bis heute ein Feiertag in Kärnten.

Am 10. Oktober 1920 fand die im Vertrag von St. Germain festgelegte Volksabstimmung über die Zugehörigkeit der besetzten Gebiete statt. Damals stimmten 59 Prozent der Bevölkerung in der Abstimmungszone für den Verbleib bei Österreich und die Abspaltung vom damaligen Jugoslawien. Kurz zuvor waren der slowenischen Volksgruppe in Kärnten noch sprachliche und kulturelle Eigenheiten versprochen worden. Historikerin Tina Bahovec von der Uni Klagenfurt sagt, dass es von beiden Seiten viel Propaganda gegeben habe. In dieser Hochzeit des Nationalismus seien viele in eine eindeutige nationale Identität gedrängt worden. Davor war es etwa möglich, Slowenisch in einem, Deutsch im anderen Kontext zu sprechen.

Festgelegt wurden bestimmte Rechte für Kärntner Slowen:innen dann u. a. im Friedensvertrag von St. Germain – Schutzbestimmungen bezogen sich etwa auf die Gerichtssprache und Volksschulen. Schon kurz nach der Volksabstimmung gab es Bestrebungen, die Kärntner Slowen:innen zu assimilieren, wie Bahovec erzählt. Dabei erinnert sie

IN DER HOCHZEIT DES NATIONALISMUS WURDEN VIELE IN EINE NATIONALE IDENTITÄT GEDRÄNGT.

etwa an ein Zitat des Landesverwesers – einer Art Vertreter des Landeshauptmanns – Arthur Lemisch aus 1920: „Bei der Wiederaufrichtung der Heimat dürfen nicht jene 15.278 vergessen bleiben, die bei der Volksabstimmung für den Anschluss an SHS (Anm.: Staat der Slowenen, Kroaten und Serben) stimmten. Wir glauben, dass davon wohl viele Tausende Verführte sind, die wir wieder zu Kärntnern zu machen haben“, so das Zitat Lemischs.

Walter Wratschko lebt in Klagenfurt und bezeichnet sich als „assimilierter Viertel Kärntner Slowene“. Der ehemalige Jugend- und Landessprecher des Liberalen Forums ist als Kind nicht mit Slowenisch aufgewachsen, lernt aber die Sprache jetzt. Wratschko versucht, die Positionen Deutsch sprechender Kärntner:innen und der Kärntner Slowen:innen einzubeziehen und spricht von durch Krieg „traumatisierten Orten“. Sein persönlicher Ansatz für Verbesserung ist „reden, reden, reden“ und vermehrte Schulbildung zu dem Thema.

Aufgeladene Ortstafeln

Dass der 10. Oktober weiterhin ein umstrittener Tag und nicht für alle ein Tag zum Feiern ist, zeigt auch das Gespräch mit dem KSSŠK, dem Studierendenverein Kärntner Slowen:innen in Klagenfurt. Weil die Uni Klagenfurt, so Hanna Novak, sich mit ihrer Volksgruppe solidarisiere, sei der 10. Oktober kein Lehrveranstaltungsfreier Tag mehr. Und sie erzählt: „Wir haben zum 10. Oktober seit 2023 dreimal ein großes Banner mit der Aufschrift „Kärnten – Koroška“ gemacht, so quasi als riesige Ortstafel.“ Dazu seien Aufklärungstexte zur Geschichte gestaltet worden. Historikerin Bahovec hebt Veranstaltungen der Uni als positiv im Sinne eines Raums für die Volksgruppe hervor. Sie zeigt sich aber besorgt über Überlegungen zu Einsparungen bei der Slawistik.

Ortstafeln sind noch immer sehr symbolisch für die Lage vor Ort. 1972 wurden nach dem Ortstafelgesetz von der Bundesregierung in Kärnten 205 Ortstafeln aufgestellt. Und im Rahmen des „Ortstafelsturms“ wieder ausgerissen. Als Jörg Haider Anfang der 2000er Jahre Kärnter Landeshauptmann war, kochte das Thema wieder hoch, unter anderem, weil zur gleichen Zeit im Burgenland deutsch-kroatische Ortstafeln errichtet wurden.

Slowenisch im Alltag

Zweisprachig sind auch die Kappen des KSSŠK, auf denen "Kärnten – Koroška" steht. Aleks Smolnik, Vertreter des Vereins, berichtet von vermehrter Aufmerksamkeit, wenn er sie trägt, aber auch von deutschsprechenden Kärntner:innen, die vor Kurzem erfreut auf die Kappen reagiert und von einem Besuch im Kärntner Landesmuseum erzählt hätten. Dieses macht zunehmend zweisprachige Ausstellungen. Kürzlich etwa Hinschaun! Poglejmo. Kärnten und der Nationalsozialismus | Koroška in nacionalsocializem.

Er und Hanna Novak vom KSSŠK sprechen sich auch für Zweisprachigkeit in mehr Kontexten aus. Häufig werden etwa in Museen vier Sprachen angeführt (mit Italienisch und Englisch) und dabei der Alpen-Adria-Raum in den Vordergrund gerückt. Im Rahmen des Vereins mache man auch Kulturarbeit wie slowenische Tage und lade zum Beispiel Newcomer:innen und bekannte Künstler:innen ein.

Der Studierendenverein wolle ein Ort sein, der zeige: „Es gibt Orte in Kärnten und in Klagenfurt, wo man auch Slowenisch sprechen kann, wo man sich keine Gedanken machen muss, dass man komisch angeschaut wird“, sagt Smolnik. Für Hanna Novak ist es besonders wichtig, „dass man irgendwo einen Raum hat, wo slowenische Sprache gelebt wird. Für mich war das persönlich sehr wichtig, weil in meinem Studium nach der Schule auf einmal alles nur mehr deutschsprachig war, nachdem ich acht Jahre slowenische Schulsprache gehabt habe.“

Offene Diskriminierung sei derzeit für beide im Alltag weniger wahrnehmbar, was aber auch daran liege, dass sie sich viel in ihrer Bubble und auf der Uni bewegten. Ihre Eltern und Großeltern seien hingegen noch verprügelt worden. In der eigenen Schulzeit vor zehn Jah-



Hanna Novak ist bis heute über den Polizeieinsatz am Peršmanhof entsetzt. Niemand habe sich bisher bei den anwesenden Jugendlichen entschuldigt.

ren, wenn Aleks und Hanna etwa am Neuen Platz in Klagenfurt Slowenisch sprachen, seien noch sehr oft Reaktionen gekommen wie: „Ihr Tschuschen, was tut's ihr da, geht's über die Grenze, geht's ham, wo ihr her kommt's.“ Solche Aussagen hat auch die Historikerin und Slowenin Tina Bahovec erlebt, wenn sie in Klagenfurt Slowenisch gesprochen

HISTORIKERIN TINA BAHOVEC ERINNERT AN WILLKÜR- LICHE POLIZEIVERHÖRE IN DEN 1920ER-JAHREN.

hat. Die Studierendenvertreter:innen berichten, dass sich anti-slowenische Kommentare mittlerweile ins Netz verlagerten.

Neue alte Traumata

Der Einsatz im Sommer 2025 hat für viele alte Traumata wieder aufleben lassen. Tina Bahovec zeigt sich bestürzt, besonders angesichts der vielen Jahre der Unterdrückung der Erinnerung an den Widerstand und der Vertrei-

bung von Kärntner Slowen:innen. Sie erinnert auch an lokale Gendarmerie-Kontrollen in den 1920ern, wenn etwa Kärntner Slowen:innen slowenische Fähnchen bei Veranstaltungen in Kuchen gesteckt hätten.

Hanna Novak bezeichnet den Einsatz als retraumatisierend und zeigt sich entsetzt, „dass man in ein Haus reingeht, wo vor ein paar Jahrzehnten so ein krass einschneidendes Massaker passiert ist, das tiefe Wunden in der ganzen Minderheit zeigt“. Aleks Smolnik berichtet, dass alle, aber vor allem auch ältere Herrschaften aus der Minderheit zutiefst getroffen gewesen seien. Beide Vertreter:innen kritisieren zudem, dass sich bisher niemand bei den Jugendlichen, die am Peršmanhof gewesen sind, entschuldigt habe.

Magdalena Pichler ist freie Journalistin mit einem Schwerpunkt auf Kultur und Gesellschaft.



VOM KONFLIKT ZUM MODELLFALL

Einst wurde um Sprache und Identität gestritten, heute leben in Südtirol drei Sprachgruppen friedlich zusammen. Südtirol zeigt, wie politische Autonomie Frieden brachte und was andere Regionen davon lernen können.

Text: Sophia Reiterer

Wer heute durch Südtirol reist, begegnet einem Land der Mehrsprachigkeit: zweisprachige Ortsschilder, deutsch- und italienischsprachige Radioprogramme, ladinische Ortsnamen in den

Dolomitentälern. Für Besucher:innen wirkt das selbstverständlich, doch dieser idyllisch anmutende Frieden ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Ringens um Sprache, Identität und politische Selbstbestimmung.

Keine einfache Geschichte

Nach dem Ersten Weltkrieg fiel das bis dahin österreichische Südtirol an Italien. Was auf der Landkarte nur eine Grenzverschiebung war, stellte für die deutsch- und ladinischsprachige Be-

völkerung eine Zäsur dar: Sie wurde zur Minderheit im eigenen Land. Unter der faschistischen Herrschaft Mussolinis begann eine radikale Italianisierungspolitik: Deutsche und ladinische Schulen wurden verboten, Orts- und Familiennamen italianisiert, Beamtenposten an Italiener:innen vergeben. Die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung wurde politisch und kulturell an den Rand gedrängt. Die sogenannte „Option“ – eine 1939 zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland ausgehandelte Wahlmöglichkeit, die die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung Italiens vor die Option für das Deutsche Reich mit anschließender Emigration oder Verbleib in Italien stellte – hat viele Südtiroler:innen in „Optanten“ und „Dableiber“ gespalten, die sich gegenseitig Verrat an der Heimat, der Sprache und der Kultur vorwarfen. In den 1950er- und 60er-Jahren eskalierte der Konflikt. Die Forderung nach mehr Selbstbestimmung führte zu Spannungen zwischen Rom und Bozen, zu Protesten und schließlich zu Gewalt: Der „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS) verübte zahlreiche Anschläge, während der italienische Staat mit harter Hand reagierte. Es war eine Zeit des Misstrauens, der Angst und der Polarisierung.

Wie es funktioniert

Der Wendepunkt kam mit dem Zweiten Autonomiestatut von 1972. Nach jahrzehntelangen Verhandlungen zwischen Italien, Österreich und Südtirol wurde die Region zur autonomen Provinz mit weitreichenden Selbstverwaltungsrechten. Das Statut legte die Gleichstellung von Deutsch mit der Amtssprache Italienisch fest und verpflichtete Behörden zu Mehrsprachigkeit. In ladinischsprachigen



Marc Röggla, Leiter des Center for Autonomy Experience, erklärt: "In Südtirol haben wir ein rigides System mit klaren Regeln, die das Zusammenleben der Sprachgruppen gestalten."

chigen Gebieten ist Ladinisch die dritte Amtssprache Südtirols. Öffentliche Ämter müssen seither nach einem Proporzsystem besetzt werden, das die Sprachgruppen entsprechend ihrer Bevölkerungsanteile berücksichtigt. Dieses Proporzsystem ist das Rückgrat des Südtiroler Minderheitenschutzes. Es gilt nicht nur für die politische Vertretung, sondern auch für die Einstellung

**DIE SPRACHGRUPPEN SIND
69 % DEUTSCH,
27 % ITALIENISCH UND
4 % LADINISCH.**

in den öffentlichen Dienst und für die Verteilung öffentlicher Ressourcen in den Bereichen Kultur und Soziales, wie zum Beispiel soziale Wohnbauförderungen. Grundlage dafür ist das Sprachgruppenverhältnis, das alle zehn Jahre bei der Sprachgruppenzählung erhoben und als Schlüssel für die Aufteilungsanpassung dient. So wird sichergestellt, dass keine Sprachgruppe systematisch benachteiligt wird. Der Sprachgruppenzählung aus dem Jahr 2024 zufolge fühlen sich rund 69 Prozent der Südtiroler Bevölkerung der deutschen Sprachgruppe zugehörig, rund 27 Prozent der

italienischen Sprachgruppe und rund 4 Prozent der ladinischen Sprachgruppe. Heute gilt Südtirol international als Vorbild für gelingenden Minderheitenschutz. Die Region verfügt über eine funktionierende Mehrsprachigkeit, politische Stabilität und einen hohen Lebensstandard. Doch das Modell entstand nicht über Nacht – und es lässt sich nicht einfach kopieren.

Die Grundlage der Autonomie bildet das Gruber-De-Gasperi-Abkommen von 1946, ein Vertrag zwischen Österreich und Italien, der den Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung völkerrechtlich absichert. Aus dem Abkommen leitet sich eine sogenannte Schutzfunktion von Österreich für Südtirol ab. Das bedeutet: Wien darf sich auf diplomatischem Weg bei der italienischen Regierung oder in internationalen Gremien einschalten, wenn der Minderheitenschutz in Südtirol gefährdet scheint. Diese Rolle ist keine Einmischung in italienische Innenpolitik, sondern eine Art Garantenfunktion, die Südtirol zusätzliche politische Sicherheit verleiht. Diese internationale Verankerung macht das Südtiroler Modell besonders und verleiht den Autonomiebestrebungen zusätzliche Legitimation.

Auch finanziell genießt Südtirol weitgehende Unabhängigkeit. Rund 90 Prozent der im Land erhobenen Steuern verbleiben in der Provinz, was ihr großen Gestaltungsspielraum verschafft. Diese Regelung hat wesentlich dazu beigetragen, dass Südtirol wirtschaftlich aufblühen konnte. Heute gehört die Region zu den wohlhabendsten Italiens. Doch der Erfolg beruht nicht allein auf Geld, sondern auch auf den politischen Strukturen. Die Autonomie ist so konzipiert, dass alle Sprachgruppen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen können. In Schulen, Verwaltung und Medien wird Mehrsprachigkeit nicht nur geduldet, sondern gelebt.

Eigenes Bildungssystem

Ganz besonders sichtbar wird der Minderheitenschutz in der Kultur- und Bildungspolitik. Jede Sprachgruppe verwaltet ihre kulturellen und schulischen Angelegenheiten eigenständig. Jede hat ein eigenes Schulsystem, das den Unterricht in der Familiensprache garantiert und zugleich das Erlernen der anderen Landessprachen als Zweitsprache sicherstellt. In ladinischsprachigen Gebieten werden sowohl Deutsch als auch Italienisch als Zweitsprachen gelehrt. Das Modell soll Identität bewahren, aber auch Verständigung fördern. „Das Recht auf Bildung in der Muttersprache ist ein fundamentales, unverzichtbares Minderheitenrecht“, betont Esther Happacher, Professorin für italienisches Verfassungsrecht an der Universität Innsbruck. Tatsächlich leben die drei Sprachgruppen heute weitgehend friedlich mit- und nebeneinander. Im Alltag begegnen sie sich in Betrieben, in der Politik und im öffentlichen Raum, während der Großteil der Medienwelt, viele Kulturangebote und das Bildungssystem weiterhin getrennt bleiben. Für viele ist das kein Mangel, sondern Ausdruck gelebter Vielfalt. Der Jurist und



Professorin für Verfassungsrecht Esther Happacher: „Es reicht nicht, Rechte am Papier zu haben. Man muss sie auch aktiv einfordern.“

Leiter des Centers für Autonomy Experience Marc Röggl erklärt: „In Südtirol haben wir ein rigides System mit klaren Regeln, die das Zusammenleben der Sprachgruppen gestalten.“ Dem Experten zufolge zeigen internationale Vergleiche von Autonomie- bzw. Minderheitenschutzmodellen, dass rigide Systeme erfolgreicher seien. Rigide be-

JEDE SPRACHGRUPPE VERWALTET IHRE KULTURELLEN UND SCHULISCHEN ANGELEGENHEITEN.

deutet im Falle Südtirols etwa die klare Trennung der Schulen oder die Vergabe öffentlicher Posten nach Proporzsystem. Autonomie ist in Südtirol jedoch kein starres Konstrukt. Sie wird laufend weiterentwickelt. Derzeit läuft eine Reform des Autonomiestatuts, um Kompetenzen, etwa im Bereich Umweltschutz oder Wildtiermanagement, wiederherzustellen, die nach der italienischen Verfassungsreform von 2001 teilweise verloren gegangen sind. „Südtirol

hat immer danach gestrebt, so viel Autonomie wie möglich zu sichern“, sagt Happacher. „Es reicht nicht, Rechte auf dem Papier zu haben. Man muss sie auch aktiv einfordern.“ Dass sich das Südtirol-Modell nicht einfach eins zu eins auf andere Regionen übertragen lässt, betonen alle Fachleute. „Es ist schwierig, Modelle zu exportieren und unmöglich, sie einfach zu kopieren“, sagt Röggl. Denn jedes Autonomiesystem hängt von Geschichte, Verfassung und politischem Klima ab. Trotzdem kann Südtirol Orientierung geben, vor allem durch den politischen Willen, Minderheitenrechte dauerhaft abzusichern und den Dialog offen zu halten. Marc Röggl sieht darin auch eine Verpflichtung: „Unsere Aufgabe ist es, unsere Erfahrungen zu teilen und Dinge anzusprechen, die bei anderen Minderheiten nicht gut laufen.“ So gibt es auch in Südtirol selbst Aufholbedarf beim Schutz anderer Minderheiten, darunter Rom:nja und Sinti:zze. Mit Initiativen wie der europäischen Bürger:inneninitiative Minority SafePack, die 2013 von der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) mit Unterstützung u. a. aus Südtirol ins Leben gerufen wurde und EU-weite Mindeststandards für Minderheitenschutz fordert, bringt sich Südtirol auf internationaler Ebene ein. Die Region zeigt, dass gelebte Vielfalt kein Widerspruch zu Stabilität ist, sondern manchmal deren Voraussetzung. Südtirol ist damit weit mehr als ein touristisches Idyll. Es ist ein politisches Labor, das zeigt, wie aus Konflikt Kooperation werden kann.

Sophia Reiterer ist Doktorandin der Kommunikationswissenschaft und Lehrbeauftragte an der Universität Salzburg sowie Teil des Kulturvereins gold extra. Sie stammt aus Südtirol und lebte dort bis zu ihrem 19. Lebensjahr.

EMPOWERMENT

Mädchen ohne Verbote stärken

Österreich plant ein Kopftuchverbot für Mädchen. Pädagoginnen und Expertinnen der Mädchenarbeit erzählen aus der Praxis, was es für eine Stärkung von Mädchen und jungen Frauen eigentlich bräuchte.

TEXT: REDAKTION



Die Regierung hat entschieden: In Österreich soll künftig an Schulen ein Kopftuchverbot für Mädchen bis zur achten Schulstufe gelten. Auf politischer Seite ist von einer steigenden Zahl immer jüngerer kopftuchtragender Schülerinnen die Rede. Konkrete Zahlen dazu wurden keine erhoben.

Familienministerin Claudia Plakolm von der ÖVP nennt das Kopftuch bei jungen Mädchen „ein Symbol der Unterdrückung“, ohne auf unterschiedliche Gründe für das Tragen von Kopftüchern einzugehen. Auf diese hatte der Verfassungsgerichtshof im Jahr 2020 bei der Aufhebung des damaligen Kopftuchverbots unter anderem verwiesen. Mädchen müssten, sagt Plakolm, „frei, sichtbar und selbstbestimmt aufwachsen können“. Doch das lässt vieles offen.

Mädchen sollen frei und selbstbestimmt aufwachsen können. Die Politik meint, das gehe nur mit einem Kopftuchverbot. Von Schulpersonal sowie der Gleichbehandlungsanwaltschaft gibt es Kritik.

Denn wer bestimmt, was Selbstbestimmung bedeutet? Und lässt diese sich per Gesetz herstellen?

„Mit Zwang und Verbot auf einen möglichen Zwang zu reagieren, macht wenig Sinn“, sagt Angelika Atzinger.

Aus der Zivilgesellschaft, von Religionsgemeinschaften, der Gleichbehandlungsanwaltschaft und Jurist:innen

kommt deutliche Kritik am Gesetz. SOS Mitmensch hat Expertinnen aus der Praxis befragt, wie Mädchen tatsächlich gestärkt werden können.

Religionsübergreifende Rollenbilder

„Mit Zwang und Verbot auf einen möglichen Zwang zu reagieren, macht wenig Sinn“, sagt Angelika Atzinger, Geschäftsführerin des Vereins Amazone in Vorarlberg und Vorstandsmitglied im Netzwerk österreichischer Frau-



Angelika Atzinger, Geschäftsführerin des Vereins Amazone in Vorarlberg, vermisst eine breite und offene Diskussion über geschlechterstereotype Vorstellungen in der Gesellschaft.



Die Wiener Schuldirektorin Doris Pflingstner sieht im Verbot eine Symbolpolitik.

en- und Mädchenberatungsstellen. Ein Kopftuchverbot, sagt sie, sende Mädchen das Signal, dass über ihren Körper entschieden werde und dass das legitim sei. „Sie erleben, dass das Kopftuch verboten, andere religiöse Symbole aber erlaubt sind. Für jene, die tatsächlich Zwang erleben, wird das keine Probleme lösen.“

Die strukturelle Ungleichheit, mit der Mädchen aufwachsen, beginne weit früher – und das religionsunabhängig. Mädchen übernehmen im Alltag mehr Hausarbeit, passen auf jüngere Geschwister auf, bekommen weniger Taschengeld. Sie werden früher sexualisiert, ihr Aussehen kommentiert, ihre Körper bewertet. „Bereits sehr junge Mädchen erleben Catcalling im öffentlichen Raum oder erhalten Dickpics in sozialen Medien“, sagt Atzinger. Für muslimische oder Schwarze Mädchen komme Rassismus hinzu.

Von einer Gesellschaft, die sich klar gegen patriarchale Strukturen stellt und die Bedürfnisse von Frauen ebenso ernst nimmt wie jene von Männern, sei Österreich weit entfernt. „Leider wurde es bisher verabsäumt, breit und offen über geschlechterstereotype Vorstellungen

zu sprechen und sie zu hinterfragen. Das wäre aber Voraussetzung, um patriarchale Strukturen zu verändern“, sagt die Amazone-Geschäftsführerin. Wirkliche Stärkung, so ihre Erfahrung, entstehe dort, wo Mädchen lernen, ihre Stimme zu finden, Nein zu sagen und für ihre Rechte einzutreten. Dafür brauche es Räume, in denen junge Men-

Die Umsetzung werde an den Schulleitungen hängen bleiben und mehr Konflikte als Lösungen schaffen.

schen – und besonders Mädchen – ernst genommen werden.

Lucia Rosati vom Mädchenzentrum peppa* in Wien formuliert es ähnlich: „Mädchen brauchen Ansprechpersonen, bei denen sie sein können, wie sie sind, wo ihre Fragen ernst genommen werden und auch Tabus Platz haben.“ Es gehe um emotionale Bildung, um die Auseinandersetzung mit Gefühlen. „Nur wenn tragfähige Beziehungen bestehen, können Jugendliche Verhalten oder Werte hinterfragen.“ Doch genau daran fehle es oft, weil Zeit, Personal und Ressourcen knapp sind, sagt Rosati.

Schulen als Schauplatz

Vor diesen Fragen stehen auch die Schulen. „Bei uns tragen nur wenige Mädchen Kopftuch. Die meisten davon sind sehr selbstbewusste junge Frauen und tragen es aus Stolz auf ihre Kultur, nicht, weil sie in eine rechtlose Rolle gedrängt werden“, erzählt Doris Pflingstner, Direktorin der Modularen Mittelstufe Aspern. Sie habe den Eindruck, dass es beim geplanten Verbot mehr um Symbolpolitik gehe: „Als liberal denkende Frau kann man meiner Meinung nach keine Freude damit haben, wenn Frauen sich verhüllen oder gar verhüllen müssen. Ich halte jedoch das Verbot als nicht zielführend, weil es zu einem Rückzug und zu Trotzreaktionen führen wird.“

Pflingstner erinnert daran, dass Österreich kein laizistischer Staat ist wie Frankreich, wo seit Jahren ein Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen und im öffentlichen Dienst gilt. Auch die Umsetzung hält sie für problematisch: „Das wird an den Schulleitungen hängen bleiben. Wir müssen den Eltern dann erklären, warum ihre Tochter das plötzlich nicht mehr darf. Ich befürchte, das schafft mehr Konflikte als Lösungen.“ Erika Tiefenbacher, Direktorin der Mit-



Lucia Rosati vom Mädchenzentrum peppa* in Wien kritisiert die fehlenden Ressourcen für niederschwellige Mädchen- und Burschenarbeit. Zeit und Personal seien knapp.

telschule Schopenhauerstraße, teilt diese Sorge. „Das Kopftuchverbot ist für mich ein Vertrauensbruch“, sagt sie. „Lehrer:innen bauen über Jahre Beziehungen zu den Kindern auf. Wenn ich einem Mädchen sage: Du musst das abnehmen, während die Eltern vielleicht sagen: Du musst es tragen – wer gewinnt dann? Das verunsichert die Mädchen zutiefst.“

Mädchen gezielt stärken

Tiefenbacher beschreibt, dass in vielen Klassen Burschen lauter und dominanter auftreten, während Mädchen sich zurückziehen: „Zwischen zehn und zwölf sind die Burschen oft sehr präsent. Mädchen brauchen Räume, in de-

nen sie lernen, ihre Meinung zu sagen.“ In manchen Projekten trennt sie daher Mädchen und Burschen zeitweise: „Wenn Mädchen unter sich sind, trauen sie sich oft mehr zu.“

Das Thema Religion spiele in manchen Klassenverbänden eine Rolle. „Es kommt vor, dass Burschen Mädchen sagen, was im Islam haram ist, also verboten.“

Die Direktorinnen wünschen sich gemeinsamen Ethikunterricht statt konservativer Religionslehrkräfte an den Schulen.

Da sind wir dann sehr streng und holen die Eltern dazu. Ich will nicht, dass ein Schüler ein Mädchen kontrolliert, ob sie im Ramadan isst oder ein Kopftuch trägt.“ Für Tiefenbacher wäre ein gemeinsamer Ethikunterricht ein sinnvoller Ansatz. „Da lernen Kinder, Toleranz zu üben, andere Kulturen zu verstehen und Unterschiede auszuhalten. Das wäre gelebte Selbstermächtigung.“ Auch Direktorin Doris Pflingstner wünscht sich einen Ethikunterricht für alle. Immer wieder würden von Religionsgemeinschaften sehr konservative Lehrkräfte an Schulen geschickt, auch das sei Teil des

Problems. In ihrer Schule steht seit Jahren das Fach „KoKoKo“ – Kommunikation, Kooperation und Konfliktbearbeitung – fix im Stundenplan. Eine Stunde pro Woche arbeiten die Schüler:innen mit ihren Klassenvorständen an sozialen Themen und der Klassengemeinschaft. „Das ist eine gute Möglichkeit, Themen und Konflikte präventiv zu bearbeiten“, sagt Pflingstner. Zudem wurde an der Schule die Initiative „#GirlsGoTech“ ins Leben gerufen, in der Mädchen weibliche Vorbilder aus Technik und Wissenschaft kennenlernen und Exkursionen an die Technische Universität, ins Technische Museum und zu Tech-Unternehmen machen. „Das trägt zu einem anderen Rollenverständnis bei und hilft, sich nicht in patriarchale Strukturen hineinzwängen zu lassen“, sagt sie. Dass solche Initiativen notwendig sind, zeigte jüngst im Oktober eine Studie der MINTality-Stiftung: Drei Viertel der befragten Eltern in Österreich hielten darin Burschen für geeigneter in MINT-Fächern als Mädchen.

Jugendarbeit braucht Ressourcen

Die Expertinnen aus der Praxis sind sich einig: Es braucht mehr Ressourcen für niederschwellige Mädchen- und Burschenarbeit in Vereinen, ebenso wie für Unterstützungspersonal an Schulen, etwa Schulsozialarbeit und Psycholog:innen. Das geplante Kopftuchverbot soll Mädchen Freiheit ermöglichen. Doch in den Schulen und Beratungsstellen, in denen die Mädchen täglich sind, klingt das Wort „Freiheit“ anders. Dort heißt es: Vertrauen, Zeit, Gespräche, Vorbilder. Selbstermächtigung, sagen jene, die mit Mädchen arbeiten, bedeutet, Entscheidungen treffen zu dürfen – auch solche, die vielleicht nicht allen gefallen.

Der vollständige Bericht von SOS Mitmensch ist auf der Webseite der Menschenrechtsorganisation zu finden: www.sosmitmensch.at/maedchen-staerken

Bei peppa* in Wien finden Mädchen und junge Frauen Ansprechpersonen für ihre Fragen.



RECHTE VERFLECHTUNGEN

Aula vor Gericht

Ein Strafprozess in Graz zeigt gerade, was jahrelang als „Meinung“ durchging: rechtsextreme Codes, NS-Nostalgie und antisemitische Erzählungen in der einstigen FPÖ-nahen Zeitschrift „Die Aula“.

GASTKOMMENTAR: STOPPT DIE RECHTEN

2018 brachte SOS Mitmensch eine umfassende Anzeige nach dem Verbotsgesetz gegen den früheren Aula-„Schriftleiter“ Martin Pfeiffer ein – sie war Ausgangspunkt für die Ermittlungen, die 2025 in den aktuellen Geschworenenprozess am Landesgericht Graz gemündet haben. Angeklagt ist jener Mann, der die Aula ab 2004 bis zu ihrer Einstellung 2018 inhaltlich geprägt hat, FPÖ-Lokalpolitiker war, Burschenschafter mit breiter Vernetzung ist und bis Ende August für den Trägerverein des rechtsextremen Internet-TV AUF1 gearbeitet hat.

Der ehemalige Chefredakteur war FPÖ-Lokalpolitiker, ist Burschenschafter und war für den Trägerverein von AUF1 tätig.

Dass Stoppt die Rechten – übrigens als einziges Medium – alle bisherigen neun Prozesstage beobachtet hat, hat einen Grund: Die Aula war über Jahrzehnte Sprachrohr eines deutschnationalen Milieus, das personell, finanziell und publizistisch eng mit der FPÖ verflochten war. Und sie hat aufgegriffen, was auch zu den Narrativen anderer Medien aus dem rechtsextremen Biotop und vor allem zunehmend der FPÖ zählt. Die Anklage nach § 3d VerbotG gliedert Beiträge, die zwischen 2005 und



Der frühere Aula-Chefredakteur Martin Pfeiffer (im Bild rechts) muss sich derzeit vor Gericht verantworten.

2018 erschienen sind, in fünf Gruppen: 1) völkisch-rassistischer Volksbegriff, „Rassenmischung“ als Gefahr; 2) Herabsetzung von People of Color sowie Roma und Sinti, oft mit rassistischen Begriffen; 3) antisemitische Verschwörung („Judaisierung“, „Zivilreligion Holocaust“); 4) Glorifizierung von Elementen des Nationalsozialismus, Wehrmacht und SS sowie Relativie-

rung der Shoah, inklusive Bewerbung einschlägiger Literatur im Aula-Buchdienst; 5) Bühne für Neonazis und Holocaustleugner sowie Attacken auf das Verbotsgesetz. Gemeint ist ausdrücklich nicht ein einzelner Skandalartikel, sondern die Summe einer Publizistik, die immer wieder dasselbe Muster bediente. Der vorsitzende Richter konfrontierte den ehemaligen Aula-Chefredakteur

Pfeiffer direkt nach Prozesseröffnung mit dessen Dissertation zur Wehrmachtsjustiz und mit Hinrichtungen in Graz – ein Signal: Wer jahrelang Wehrmacht und NS entlastet, kann sich nicht auf Nichtwissen berufen. Die beigezogenen Gutachter – zuerst Oliver Rathkolb im Ermittlungsverfahren, im Prozess dann die beiden Historiker Magnus

auf die „Protokolle der Weisen von Zion“), Johann Balvany (Infiltrations- und „Volkszorn“-Motive), Fred Duschwald (verharmlosende Würdigung des Neonazi-Anwalts Herbert Schaller) sowie Beiträge über und von Holocaustleugnern. Brechtken nannte Teile davon „glasklar antisemitisch“, Fischer zeigte, wie die Aula das alte Narrativ von „den Juden als Steuerungszentrum“ mit aktuellen Feindbildern (EU, Migration, „Globalisten“) verknüpfte. Parallel dazu wurden Texte verhandelt, die die Wehrmacht als „anständig“ oder „sauber“ darstellten – für die Gutachter eindeutig Teil einer geschichtsrevisionistischen Entlastungserzählung.

Ein zweiter Strang der Verhandlung betrifft den Aula-Buchdienst, dessen dahinterstehende GmbH wenige Tage vor Prozessbeginn aufgelöst wurde. Pfeiffer, bis 2018 Geschäftsführer der

Das Verbotsgesetz umfasst auch Erzählungen, die NS-Verbrechen relativieren oder Neonazis aufwerten.

GmbH, wollte damit nichts zu tun gehabt haben und die in der Aula platzierten Buchdienst-Inhalte auf „Waschzettel“ der Verlage schieben. Ein angeblich verantwortlicher Ex-Mitarbeiter verweigerte als Zeuge vor Gericht die Aussage, ein zweiter, der auch für den zum Stocker-Verlag gehörenden Ares-Verlag arbeitete, ist bereits verstorben. Für die Bedeutung dieses Prozesses ist diese Verzahnung wesentlich: Eine Zeitschrift, die dauernd dieselben Szenen-Verlage, dieselben Autoren und dieselbe Ikonografie (bis hin zu einer NS-Rassentafel) verwendet, schafft keine offene Debatte, sondern eine ideologische Echokammer.

Peinlich fiel der steirische Verfassungsschutz auf. Ein noch aktiver Beamter sagte aus, man hatte die Aula zwar abonniert, könne aber nicht mehr sa-

gen, wer sie gelesen und ausgewertet habe. Ein bereits pensionierter Verfassungsschützer ließ erkennen, dass es in der Behörde kein relevantes Interesse an der Rechtsaußen-Publikation gab. Pfeiffer versuchte aber aus dem Abo des Verfassungsschutzes einen Freibrief zu konstruieren („der Staat hat ja mitgelesen“), doch das Gericht hielt fest: Behördenpassivität ersetzt keine Strafbarkeitsprüfung.

Einige Texte, die von den Gutachtern als nicht problematisch eingestuft wurden, nahm die Staatsanwaltschaft wieder aus dem Verfahren, kündigte an anderen Stellen aber eine Ausweitung der Anklage auf § 3h Verbotsg an.

Im Kern zeigt der bisherige Verhandlungsverlauf, dass das Verbotsgesetz nicht nur plakative Hitlergruß-Delikte trifft, sondern auch lang eingelernte Erzählungen, die NS-Verbrechen relativieren oder Neonazis aufwerten und die heute bis in die FPÖ hinein ihre Renaissance erleben – Stichwort: Gebrauch des Begriffs „Umvolkung“ im Nationalrat. Wegen des Umfangs wird seit Ende November weiterverhandelt. Klar ist schon jetzt: In Graz wird ausgelotet, ob Österreich die ideologische Alltagssprache der extremen Rechten – so wie sie in der Aula über Jahrzehnte gedruckt wurde – als das behandelt, was sie ist: eine systematische Normalisierung von NS-Narrativen.

Klar ist ebenfalls: Ohne die Anzeige von SOS Mitmensch wären die Texte der Aula sehr wahrscheinlich folgenlos geblieben, weil die staatlichen Stellen – ein Verfassungsschutz, der sich nicht gekümmert, und eine Justiz, die nach Anzeigen die Verfahren eingestellt hat – ihre Hausaufgaben nicht erledigt haben.

***Stoppt die Rechten** ist eine österreichische Plattform, die rechtsextreme Aktivitäten dokumentiert und analysiert und ein großes Online-Archiv zum Thema Rechtsextremismus bietet.*



Brechtken und Moritz Fischer – erklärten, warum Begriffe wie „Volkstod“, „Umvolkung“ oder „Schuldskult“ keine harmlosen „Meinungen“ sind, sondern direkt an NS-Semantik anknüpfen. Nach grundsätzlichen historischen Einordnungen durch Brechtken und Fischer ging es an die etwa 300 angeklagten Texte. Dazu zählten beispielsweise Artikel von Friedrich Romig (antisemitische Weltverschwörung, Bezug

BEWEGUNG IN GRIECHENLAND

Sie wollen nicht mehr warten

Zwischen überteuerten Wohnungen, erstarktem Rechtsextremismus und politischem Misstrauen engagieren sich junge Menschen in Griechenland in Jugendräten und selbstgegründeten Initiativen für ihre Zukunft.

TEXT & FOTOS: MILENA ÖSTERREICHER

Am 28. Februar 2023 stoßen bei Tempi zwei Züge zusammen: 57 Menschen sterben, 85 sind schwer verletzt – das größte Zugunglück der griechischen Geschichte. Viele der Toten sind Studierende, die vom Karneval in Patras zurück nach Thessaloniki fahren. Bis heute ist der Zusammenstoß nicht restlos aufgeklärt. Die Regierung beruft sich auf menschliches Versagen. Doch für viele bleiben Fragen: Warum krachten der Personen- und der Güterzug zusammen? Kamen die Opfer erst bei dem Brand ums Leben, der nach dem Aufprall entstand? Welche chemische Ladung enthielt der Güterzug? Wo sind die EU-Gelder, die in Sicherheitstechnik fließen sollten? „Das war ein demokratiepolitisches Versagen“, sagt Fotis Kizakis. Er ist 30, Politikwissenschaftler und gründete im Anschluss 2023 die Organisation Demotrust in Thessaloniki. „Wir leben in einer Zeit, in der Korruption und Straflosigkeit alltäglich geworden sind“, sagt er. „Und für viele junge Menschen hat das Unglück das Fass zum Überlaufen gebracht.“ Demotrust möchte sie ansprechen: Sie sollen aktiv werden, Apathie ablegen und Initiativen starten. Der Verein stellt Workshops über politische Bildung und Podiumsdiskussionen auf die Beine und schreibt Stellungnahmen



Das Vertrauen in die griechische Demokratie ist niedrig. Laut „Youth Study Greece 2024“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vertrauen nur rund 8 Prozent der 14- bis 29-jährigen politischen Parteien.

zu Gesetzesvorschlägen. „Die meisten glauben, es reicht zu wählen oder bei Unzufriedenheit einfach nicht wählen zu gehen. Aber Demokratie ist Kom-

Fotis Kizakis gründete Demotrust, um junge Menschen wieder für Demokratiearbeit zu begeistern.

munikation, Zusammenarbeit, Verantwortung und das wollen wir wieder von unten stärken“, sagt Kizakis. In Thessaloniki wurde 2018 auch der erste Jugendrat des Landes gegründet.

Dort treffen sich jeden Monat rund 180 Mitglieder, sprechen über Themen, die die junge Bevölkerung bewegen und unterbreiten der Stadtregierung Vorschläge. „Wohnen, öffentlicher Verkehr, Diskriminierung: Das sind keine abstrakten Fragen, das sind unsere Alltagsprobleme“, sagt Christos Pedropoulos, der Vorsitzende. Wohnen etwa ist längst zur Existenzfrage geworden. In Thessaloniki, der zweitgrößten Stadt und der größten Universitätsstadt des Landes, kostet eine kleine Wohnung inzwischen 500 bis 600 Euro – bei einem Mindestlohn von 880 Euro. „Wir

haben hier unglaublich hohe Mieten für Wohnungen, die es gar nicht wert sind“, sagt Maria Caragianni, Stadtplanerin und Mitglied der Initiative Cohab Thessaloniki. Viele Gebäude stammen aus den 1960er-Jahren und sind kaum renoviert. Gleichzeitig stehen tausende Wohnungen leer. Cohab versucht, Pilotprojekte für gemeinschaftliches Wohnen anzuregen. Doch ein rechtlicher Rahmen fehlt. Griechenland hat kaum sozialen Wohnbau oder eine Mietpreisbindung. „Die Stadt hat nun eine kleine soziale Mietagentur aufgebaut“, sagt Caragianni. Dreißig Wohnungen sollen in den nächsten Jahren entstehen. Viele junge Menschen verdienen zu wenig, um selbstständig zu leben, andere arbeiten neben dem Studium in mehreren Jobs. Politisches Engagement ist in dieser Situation eine zusätzliche Belastung. Dazu kommt auch der Hass, den viele spüren. „Wenn ich heute auf Social Media etwas zu Frauenrechten oder der Situation von Migrant:innen poste, erreichen mich unzählige Hass-Kommentare“, erzählt Athina, Psychologiestudentin, „vor fünf, zehn Jahren war das noch nicht so“. Ähnliches beobachtet Ioanna Meitani von der Organisation Simeio, die den Rechtsextremismus in Griechenland unter die Lupe nimmt: „Wir sehen, wie rechte und rechtsextreme Ideen wieder zunehmend in der Mitte der Gesellschaft ankommen“. Die Neonazi-Partei Goldene Morgenröte wurde zwar 2020 – nach Gewalttaten gegen Migrant:innen und politische Gegner:innen sowie den Mord an dem linken Aktivisten und Rapper Pavlos Fyssas auf offener Straße – von einem Gericht als kriminelle Organisation eingestuft und ist nicht mehr im Parlament vertreten. Doch die Rhetorik ist geblieben und findet Widerhall bis in die konservative Regierungspar-



Christos Pedropoulos (3. v. links), 22 Jahre, ist Vorsitzender des Jugendrats der Stadt Thessaloniki. Hier trifft sich das Bildungskomitee des Jugendrats zur Projektplanung für das restliche Jahr.

tei. „Der aktuelle Migrationsminister sagte etwa, Geflüchtete sollen schlechteres Essen in den Camps bekommen, weil die Griechen sich auch kein Luxusessen leisten können“, sagt Meitani. Während sich die politische Sprache verhärtet, arbeiten Organisationen wie Velos Youth mit denen, über die in politischen Brandreden hergezogen wird, die aber mittlerweile auch zur Jugend Griechenlands gehören: Junge Geflüchtete und Migrant:innen. Mustafa Mohammad kam selbst 2015 aus Syrien, war monatelang obdachlos. Heute leitet er das Tageszentrum für junge Ge-

Mustafa Mohammad leitet "Youth Velos", ein Tageszentrum in Athen, das sich vor allem um unbegleitete junge Geflüchtete kümmert.



flüchtete in Athen. „Mit 18 fällst du einfach raus aus dem System“, sagt er. „Bis dahin gibt es manchmal Unterstützung und dann bist du plötzlich erwachsen: ohne Dach, ohne Job, ohne Zukunft.“ Viele würden auf der Straße landen und am Schwarzmarkt arbeiten. Neben den Neuankömmlingen von den griechischen Inseln schicken nun auch andere EU-Staaten vermehrt Menschen nach Griechenland zurück, wo sie das erste Mal EU-Boden betreten haben. „Europa muss sich dringend etwas überlegen“, sagt Mohammad, „diese jungen Menschen bleiben hier, ein Zurück gibt es für viele nicht mehr“. Rund vierzig Menschen zwischen 16 und 30 Jahren kommen täglich ins Tageszentrum. Sie können dort essen, lernen, Bewerbungen schreiben, rechtliche Beratung erhalten oder einfach nur mal durchatmen. Insgesamt habe Velos Youth seit 2017 mehr als 5.000 Geflüchtete unterstützt. „Sie haben Talente, Hoffnung und Träume. Das Potenzial sollte Griechenland nutzen, aber vor allem auch Europa“, sagt Mohammad, „denn das ist auch seine nächste Generation“.

Dieser Beitrag entstand im Rahmen von "eu-rotours 2025" zum Thema "Jugend in Europa", einem Projekt des Bundeskanzleramtes, finanziert aus Bundesmitteln.



Bei Azra Velagić Macić finden Geflüchtete eine offene Tür, wenn sie in Sarajevo stranden. In der kalten Jahreszeit ist warme Kleidung besonders gefragt.

LEBENSGESCHICHTE

Eine Frau, die nie aufhörte zu kämpfen

Sie war eine der rund 5.000 Frauen in der bosnischen Armee während des Bosnienkrieges. Heute ist Azra Velagić Macić bekannt als Flüchtlingshelferin. Sie lebt vor allem nach einem Mantra: Dort helfen, wo es am notwendigsten ist.

TEXT: DENNIS MISKIĆ

Es ist eine ganz gewöhnliche Szene hier in ihrer Straße, auch wenn das nicht immer so war: Eine Gruppe Geflüchteter kommt zielgerichtet auf ihr Haus zu. Empfangen von einer Frau im schwarzen Niqab bekommen sie neue Kleidung, Schuhe und teilweise auch Geld ausgeteilt.

„Ich sehe Menschen, die nichts haben und unsere Hilfe brauchen. Also muss ich helfen, auch wenn es nur eine Kleinigkeit ist“, sagt Azra Velagić Macić. Die 63-Jährige verteilt täglich Sachspenden an Geflüchtete. Als vor zehn Jahren geflüchtete Menschen auf der Durchreise in die EU nach Sarajevo strömten, fing

sie an, auszuhelfen. Unterstützung hat sie dafür von der österreichischen NGO SOS Balkanroute.

Azra dachte zuerst, es würde nur ein paar Monate dauern. „Aber heute sind wir da, wo wir sind. Heute sehe ich kein Ende mehr – weder für sie noch für mich“, sagt sie. Kein Ende für die

Vielzahl an Geflüchteten, die über die Balkanroute in die EU reisen und kein Ende ihrer Energie, um auszuhelfen. Denn die hat sie zur Genüge.

Laut der europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache reisten von Jänner bis April 2025 knapp über 3.000 Flüchtende über die Westbalkanroute in die EU. Expert:innen weisen jedoch darauf hin, dass mit einer hohen Dunkelziffer gerechnet werden muss. Über die Jahre haben sich die Schleppernetzwerke professionalisiert und viele Camps auf der Route werden gemieden.

Azras Tag beginnt mit dem Morgengebet vor Sonnenaufgang. Nach ein paar Stunden in ihrem Vereinsbüro kommt sie nach Hause, weil schon die ersten Geflüchteten ankommen. In den letzten Jahren hat sich diese Routine schon herumgesprochen und die meisten wissen genau, wo sie hinmüssen.

Und plötzlich Krieg

Ihr Leben hat Azra einem Motto verschrieben: dort aktiv zu sein, wo es am notwendigsten ist. Als im Frühling 1992 der Bosnienkrieg ausbrach, hieß es für sie, das Land an der Waffe zu verteidigen. „Freund:innen aus meiner Nachbarschaft starben und da wusste ich, dass ich etwas tun muss. Natürlich war viel Angst dabei, aber ich verspürte auch Stolz, meine Heimat zu verteidigen“, sagt sie. Die ersten Kriegswochen waren Momente, in denen für Menschen wie Azra eine ganze Welt zusammenbrach. „Wir waren so ethnisch durchmischt in meiner Nachbarschaft, dass ich es zuerst für unmöglich hielt, dass hier ernsthaft ein Krieg ausbrechen könnte“, sagt sie. Die Armee der bosnischen Serben griff jedoch mit Unterstützung der jugoslawischen Volksarmee mit dem Ziel an, das Gebiet ethnisch zu „säubern“ und an ein Großserbien anzuschließen. Der Bosnienkrieg wütete über dreieinhalb Jahre lang und wurde erst im November 1995 mit dem Dayton-Vertrag

auf Eis gelegt. Die Belagerung Sarajevos und einige Gefangenenlager wurden erst im Frühjahr 1996 vollständig aufgelöst. Der ökonomische und zivile Wiederaufbau wird noch Jahre dauern. Im ganzen Land sind die Hausfasaden bis heute wie von Pockennarben mit Einschusslöchern übersät.

Vollständig zur Ruhe ist das Land nie gekommen. Es sind immer noch die gleichen nationalistischen Ideologien, die den Krieg befürworteten, die heute an der Macht sind. Der mittlerweile verstorbene bosnische Schriftsteller Dževad Karahasan nannte es die „Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln“.

„Ich weiß, wie es ist“

Um, wie sie selbst sagt, nicht den Verstand zu verlieren, ging die Veteranin auf Seelensuche und musste für sich wieder den Sinn des Lebens suchen. Die

Von Jänner bis April reisten über 3.000 Flüchtende über die Westbalkanroute in die EU. Die Dunkelziffer ist höher.

Armee bot ihr einen Job an, doch das war nichts für sie. „In den Nachkriegsjahren war es oft schwieriger als an der Front. Dort haben wir nie viel über unsere Lage nachgedacht, später hatten wir dann dafür Zeit“, reflektiert sie.

Vor allem die psychologische Lage macht ihr und anderen zu schaffen. Die World Health Organisation (WHO) ermittelte, dass etwa zehn Prozent, also rund 400.000 Personen, in Bosnien unter Posttraumatischer Belastungsstörung leiden. Vereine, die mit Betroffenen arbeiten, meinen, es könnte sogar fast die halbe Bevölkerung betreffen.

Viele von Azras Freund:innen wurden drogenabhängig oder alkoholsüchtig. Sie selbst verschrieb sich der Lehre des Korans, verschleierte sich und lernte Arabisch. Mit ihrem Verein *Hedija* kümmerte sie sich vor allem um allein-

stehende Mütter oder finanzierte Mädchen das Studium, wenn sie es sich nicht selbst leisten konnten.

Zu Deutsch kann *hedija* als Geschenk übersetzt werden. Im Bosnischen beschreibt der Begriff die Art von Mitbringsel, die man als Gast mitnimmt – meistens Kekse, Würfelzucker und Kaffee. Der Verein wuchs, begann immer mehr Spenden zu sammeln und fing an Krankenhäuser, Schulen, Waisenkinderheime oder Anstalten für Kinder mit Behinderung zu unterstützen. Den größten Trost findet Azra seit Jahren in der Flüchtlingshilfe. „Ich weiß, wie es ist, tagelang zu Fuß unterwegs zu sein, wie es ist, keine richtigen Schuhe zu haben und nachts frieren oder hungern zu müssen“, antwortet Azra auf die Frage, woher die Motivation für ihre Arbeit kommt. Im Krieg kam es eben oft auch auf kleine solidarische Gesten an, um zu überleben. „Eine Schüssel frische Milch oder ein aufgewärmter Ziegelstein, der mich beim Schlafen warmhielt, hat mir damals die Welt bedeutet.“ Vis-à-vis ihrer Wohnungstür ragt eines der nach dem Krieg renovierten Minarette in die Luft. Die im Vorgarten aneinandergereihten Grabsteine sind Azras Freund:innen, die im Krieg verstorben sind.

Wenn Azra spätabends die Tür schließt, bleiben im Vorzimmer links und rechts die Kisten mit Sachspenden für den nächsten Tag zurück. Solange es ihr möglich ist, wird sie die Tür für Menschen in Not öffnen. Bis dahin wissen Geflüchtete in Sarajevo auch genau, wo sie hinmüssen. Zumindest für den Tag.

Die Recherche wurde von der Initiative „courage2030 – Allianz für Flucht und Vernunft“ finanziell unterstützt.

Dennis Miski ist freier Journalist aus Wien. Seine Anfänge machte er beim BIBER Magazin, heute schreibt er vor allem über den Balkan.



SYSTEMFEHLER

Wenn Hautfarbe und Geschlecht die Behandlung bestimmen

Medizinische Forschung und Praxis orientieren sich bis heute primär am weißen männlichen Körper. Menschen, die dem nicht entsprechen, erfahren vielfach Diskriminierung. Der neue Verein MedInUnity will eine Medizin, die alle mitdenkt.

TEXT: LOTTE BLUMENBERG



doch ein Herzinfarkt oftmals anders: in Form von Übelkeit, Rückenschmerzen, Kurzatmigkeit. „Gender Health Gap“ bezeichnet die geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung in der Gesundheitsversorgung und -forschung. Zum Nachteil unter anderem für Frauen. Es folgen Fehldiagnosen, verspätete Therapien und eine schlechtere Versorgung. Doch nicht nur Frauen, sondern auch Schwarze Menschen, People of Color, trans* und nicht-binäre Personen erfahren Diskriminierung in einem Gesundheitssystem, in dem sie eine Abweichung von der Norm darstellen.

Fünf Frauen wollen für das Problem sensibilisieren: Sibel Ada, Mireille Ngosso, Karin Kapatais, Claudia Espinoza und Michelle Nägeli. Sie gründeten den Verein MedInUnity, der im Oktober bei einem Kick-off-Event in Wien der

Frauen und Schwarze Menschen bekommen oft weniger Schmerzmittel, da sie nicht ernst genommen werden.

Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dort gaben sie Einblicke in ihre Disziplinen, von Neurobiologie über Allgemeinmedizin bis zu Sportwissenschaften. Claudia Espinoza, Wissenschaftlerin in der kognitiven Neurobiologie berichtet über den Gender Bias, also die geschlechtsspezifische Diskriminierung, in der Grundlagenforschung. Schon bei Tierversuchen mit Mäusen wurde lange ausschließlich die männliche Maus herangezogen. Das männliche Subjekt gilt als „stabiler“ und leichter zu erforschen, da es keinen Zyklus hat. Auch Medikamentenforschung wird meistens mit weißen Männern von durchschnittlicher Größe und Körpergewicht durchgeführt. Die Situation verbessere sich laut Espinoza nur langsam. Ein anderes Beispiel für den Gender Health Gap ist ADHS. Längste Zeit wurde es vor allem mit

„zappeligen“ und hyperaktiven Jungen verbunden. Bei Mädchen und Frauen äußert sich ADHS jedoch anders: Sie können verträumter sein, überfordert von äußeren Reizen und sich dadurch eher zurückziehen. Jungen werden dreibis viermal häufiger mit ADHS diagnostiziert. Viele Frauen bekommen ihre Diagnose erst im Erwachsenenalter, nach eigener Auseinandersetzung mit dem Thema. Auch gynäkologische Erkrankungen wie Endometriose bleiben lange unerkannt, weil sie kaum erforscht und oft nicht ernst genommen werden. Autoimmunerkrankungen wie Lupus und Hashimoto, die überwiegend Frauen betreffen, werden oft erst nach Jahren diagnostiziert und die Symptome als psychosomatisch abgetan. Diese vorschnelle Einstufung von Symptomen als psychosomatisch ist ein großes Problem. Das sogenannte „Medical Gaslighting“ betrifft überdurchschnittlich oft Frauen: ihnen wird gesagt, dass sie sich ihre Symptome einbilden oder psychischer Stress die Ursache sei. Sie bekommen dann beispielsweise weniger Schmerzmittel, aufgrund des Vorurteils, dass sie ihre Beschwerden übertreiben würden. Dies bestätigte erst 2024 eine Studie mit Daten aus den USA und Israel. Studien zeigen auch, dass Schwarze Patient:innen seltener Schmerzmedikamente erhalten als weiße Patient:innen, weil Ärzt:innen deren Schmerz oft unterschätzen bzw. den Betroffenen nicht glauben. Trans* und nicht-binäre Personen erfahren durch abwertende Äußerungen oder invasive Fragen Diskriminierung. Vereinsvorständin Mireille Ngosso ist Allgemeinmedizinerin und war für die SPÖ u. a. stellvertretende Bezirksvorsteherin sowie Abgeordnete im Gemeinderat. Ngosso betont die intersektionale Perspektive auf das Thema: Nicht alle sind gleich betroffen von Diskriminierung. Eine Schwarze Frau erfährt nicht nur Sexismus, sondern auch

„Frauen sind keine kleinen Männer.“ Eine Aussage, die so offensichtlich scheint, dass sich die Frage stellt, warum sie überhaupt getroffen werden muss. Bei näherem Blick zeigt sich jedoch, dass die Medizin jahrhundertlang den männlichen Körper als Ausgangspunkt genommen hat und Erkenntnisse auf Frauen übertragen wurden. So galten etwa lange als „typische“ Anzeichen für einen Herzinfarkt Schmerzen im Brustbereich, ein „Strahlen“ vom linken Arm weg. Bei Frauen äußert sich je-



Fünf Frauen, eine Mission: Eine inklusive Gesundheitsversorgung und Medizin gestalten. Dazu setzen sie auf einen Expert:innen-Pool, Austausch-Räume sowie Forderungen an die Politik.

Rassismus. „Gendermedizin allein reicht nicht, wir müssen immer die intersektionale Perspektive mitnehmen“, so Ngosso. Gesundheit sei nicht nur Biologie, sondern auch eine Frage von Macht und Teilhabe. Sie berichtet, dass im Studium Hautkrankheiten meist nur auf weißer Haut gezeigt werden. Auf nicht-weißer Haut können sie anders aussehen und durch diese Bildungslücke unerkannt bleiben. Seit mehreren Jahren ist auch bekannt, dass Pulsoximeter, die mittels Durchleuchtung der Haut die Sauerstoffsättigung im Blut und den Puls messen, auf Schwarzer Haut bzw. nicht-weißer Haut schlechter oder gar nicht funktionieren. Marlene*, Studentin in Wien, kennt diese Probleme. Sie erlebt als Schwarze Frau regelmäßig Diskriminierung im Gesundheitssystem: „Besonders unangenehme Erfahrungen hatte ich bei einem Hautarzt, wo ich mich außerirdisch fühlte. Ich wurde behandelt wie ein Spektakel: Es gab Blicke von allen Seiten, während ich meine E-card steckte, immer mehr Mitarbeitende kamen in den Empfangsbereich. Sie schauten mich an, es wurde getuschelt. Trotzdem bleiben zu müssen, um eine

Behandlung zu bekommen, war einer der prägendsten Momente.“ Ärzt:innen hätten ihr auch schon gesagt, sie sei zu dunkel, als dass man auf ihrer Haut etwas erkennen könnte und ein Arzt habe gar vor ihr zu googeln begonnen, weil er nicht wusste, wie er mit ihrer Haut umgehen sollte. „Da wurde mir bewusst: Sie haben keine Ahnung, was sie mit mir anfangen sollen.“ Vor einer Operation

Seit mehreren Jahren ist bekannt, dass Pulsoximeter auf nicht-weißer Haut schlechter bzw. gar nicht funktionieren.

habe sie Angst gehabt, danach Hirnschäden zu haben, „weil ich zum Beispiel zu wenig Sauerstoff bekomme, weil das Messgerät bei mir nicht adäquat ist“, erzählt Marlene. Am liebsten würde sie gar nicht mehr zum Arzt gehen. Für sie steht fest: „Selbst die größten Fortschritte in Technologie und Forschung nützen nichts, solange die Behandlung marginalisierter Gruppen von erheblichen Wissenslücken und Vorurteilen geprägt ist.“ Um damit aufzuräumen, braucht es viel Bildungsarbeit. Zentral ist dabei das

Medizinstudium. Anna* ist Medizinstudentin im dritten Jahr und nennt als positives Beispiel den Public Health-Block im ersten Jahr des Studiums, in dem u. a. Gewalt in der Medizin thematisiert werde: Jene, die von medizinischem Personal an Patient:innen ausgeübt wird, aber auch Gewalt, mit der Patient:innen von außerhalb konfrontiert sind. Doch Anna berichtet auch von Negativbeispielen: „Bei einem Praktikum im AKH (Anm.: Universitätsklinikum) habe ich erlebt, wie abwertend dort teilweise über Patient:innen gesprochen wird. Es fielen Zuschreibungen wie ‘Balkanitis/Balkanismus’, was suggerieren soll, dass Personen mit einem bestimmten kulturellen Hintergrund, besonders wehleidig sind. Das ist einfach nur diskriminierend und unverantwortlich.“ Eine inklusive Perspektive ziehe sich nicht durch alle Bereiche des Studiums, sondern Einzelpersonen würden stattdessen versuchen, das Ganze auf ihren Schultern zu tragen. Zu tun ist also viel, um die Vision von MedInUnity einer Gesundheitsversorgung, die gerechter, sensibler und vielfältiger ist und alle Körper mitdenkt, umzusetzen. Um das zu erreichen, möchten die Gründerinnen ihr Wissen und ihre Perspektiven aus Wissenschaft, Praxis, Aktivismus und Betroffenheit bündeln und „eine Bewegung von unten herauf“ schaffen, so Mireille Ngosso. Der Verein setzt auf Information zu Frauengesundheit, Gendermedizin und rassismuskritische Medizin, Räume zum Austausch und Forderungen an die Politik. Geplant ist ein Expert:innen-Pool sowie Fortbildungen für Gesundheitspersonal, Vereine und Firmen. Es wird auf Kooperationen mit Organisationen im Gesundheitsbereich gesetzt, aber auch der aktivistische Faktor sei wichtig, um Gehör in der Politik zu finden.

* Namen der Redaktion bekannt

KOLUMNE

Stadtbild

Einblicke in das (Er-)Leben der österreichischen Gesellschaft aus Sicht einer Wiener Muslima. Mit dunkelbuntem Humor und feurigem Temperament, aus dem Herzen Österreichs.

TEXT: MENERVA HAMMAD



Illustration: Petja Dimitrova

Was war zuerst da? Die eigene Wahrnehmung oder die Meinung der Mehrheitsgesellschaft? Ein Gedankenspiel.

Spazieren wir gemeinsam durch diese Stadt, die in so vielen Dingen anders ist und gerne ihren Grant gegen alles und jeden romantisiert. Mein Vater pflegte immer zu sagen: „In Wien leuchten die Sterne anders.“

Er muss es wissen, er hat immerhin dreißig Jahre lang Nachtschicht für Nachtschicht geschoben, damit wir durchkommen konnten.

Wenn ich Stress abbauen möchte, gehe ich spazieren. Wir haben idyllische Parks, gekennzeichnete Fußgängerzonen, ein grandioses Verkehrssystem, und es ist so herrlich praktisch, in Wien unterwegs zu sein.

Schaue ich nach links, sehe ich eine Mutter, die mit ihrem Kind auf Englisch spricht und ihm neue Wörter beibringt. Sehe ich nach rechts, geht eine Gruppe Jugendlicher vor sich hin und einigt sich: Der neue Mathelehrer ist „cringe“ und hat null Aurapunkte.

Während ich weiterspaziere, fällt mir mein Handy aus der Hand – eine nette Dame ist schneller als ich und hebt es für mich auf. Auf dem Weg erblicke ich eine Apotheke und besorge schnell den Hustensaft für meine Tochter, lasse mich aber vorher noch von der Pharmazeutin beraten.

Bevor ich mich auf den Heimweg mache, gönne ich mir in einem Altwiener Kaffeehaus noch einen Kaffee, dabei tue ich das, was Schreibende eben gerne machen: Ich beobachte Menschen, die mich rein gar nichts angehen. Ich sehe Menschen. Menschen, die auf andere Menschen warten. Menschen, die die Straße überqueren. Lachende Menschen. Menschen, die in Gedanken versunken sind. Verliebte Menschen. Unterschiedliche Menschen. Und ich frage mich, welche Bilder Sie im Kopf hatten, als ich die obigen Menschen erwähnte? Stellen Sie sich vor, die Mutter, die auf Englisch zu ihrem Kind sprach, hätte auf Türkisch mit diesem Kind gesprochen. Stellen Sie sich vor, die Gruppe Jugendlicher hätte sich auf Bosnisch

über den neuen Lehrer geärgert. Stellen Sie sich vor, die nette Dame, die mir das Handy aufhob, trüge ein Regenbogenarmband oder eine palästinensische Kufiyeh.

Stellen Sie sich vor, die kompetente Pharmazeutin trüge einen Hijab.

Stellen Sie sich vor, unsere schöne Stadt wäre nicht so bunt, nicht so sprachlich und kulturell divers. Stellen Sie sich vor, wir würden Menschen tatsächlich in deren Würde anerkennen, samt deren Sprachen, Identitäten und imperfekter Menschlichkeit – ohne der Annahme, sie zu kennen, nur weil wir glauben, etwas über sie zu wissen.

Vielleicht sind Ihnen aber auch miese Grantler:innen lieber, die Tag ein, Tag aus sudern, motschgern, ihr eigenes Leben beklagen, weil der Himmel zu blau, das Essen zu sehr nach etwas schmeckt, die Musik zu laut und das Leben zu sehr stattfindet.

Oder vielleicht – halten Sie sich fest – glauben wir mehr zu wissen, als wir tatsächlich wissen.

POPULÄR GESEHEN

Die digitalen Herrenmenschen

Ein neuer Cyberfaschismus greift um sich.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Platons „Der Staat“ ist eines der berühmtesten Werke der politischen Philosophie – 2500 Jahre alt. Seine Vision eines idealen Staates ist kein demokratisches Modell, sondern eine wohlgeordnete Hierarchie: an der Spitze die „Philosophenkönige“. Sie wissen, was gut ist – für alle. So elitär, so antidemokratisch. Und doch wirkt Platons Idee in unserer Gegenwart auf überraschende Weise nach – in Form einer neuen Klasse: der Tech-Oligarchen. Peter Thiel tritt gerne mit Platons Buch unterm Arm auf – und für eine autoritär gesteuerte Gesellschaft ein. Die Demokratie sei am besten durch die Herrschaft von genialen Unternehmerpersönlichkeiten zu ersetzen. Von demokratisch gewählten Parlamenten und ihren Institutionen der Gewaltenteilung sollte die Macht zu Startups und den Milliardären, die sie kontrollieren, verlagert werden. Wirtschaftliche Monopole sind gut, Ein-Mann-Herrschaften effizient und Gründer von Hightech-Firmen die geborenen Führer: Eine Welt der digitalen Herrenmenschen und gesellschaftlichen Feudalherren. Dieser neue Cyberfaschismus bemächtigt sich gera-

de der Politik in den USA und steckt mit den völkisch-autoritären Parteien Europas unter einer Decke. Wer wie ein Medium handelt, sollte auch wie ein Medium behandelt werden – mit entsprechender Verantwortung und Kontrolle. Eine Einordnung sozialer Medien unter das Medienrecht würde bedeuten: mehr Klarheit über algorithmische Entscheidungen, Kennzeichnung von Werbung, Möglichkeiten zur Gegendarstellung, Sorgfaltspflichten beim Umgang mit Desinformation. Es geht da um offene technische Standards, eine Trennung von Plattform und Inhalt sowie klare Haftungsregeln für strafbare Inhalte, die monetarisiert werden. Algorithmen gehören offengelegt, Monopole gebrochen, öffentliche Räume digital verteidigt. Die Antwort wird auch kartellrechtlich und wirtschaftspolitisch sein: Zerschlagung, Fusionskontrolle, Interoperabilitätspflicht, faire Besteuerung. Das wird ein langer Kampf. Wie in den Demokratie- und Bürgerrechtsbewegungen der letzten zweihundert Jahre. Dieses Mal müssen die digitalen Philosophenkönige vom Thron gestürzt werden.

POLIZEIKOLUMNE

Peršmanhof

Im Gegensatz zum Einsatz selbst verschafft die Peršmanhof-Kommission der Polizei Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Ihre Botschaft: am Ende muss ich als Polizist:in für mein Handeln gerade stehen.

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.
Illustration: Petja Dimitrova

Die ehemalige grüne Volksanwältin Terezija Stoisits und die Kronenzeitung fanden sich in seltener Einigkeit: Der Peršmanhof-Bericht sei „vernichtend“. Noch nie habe sie so einen Bericht von einer Kommission gelesen, die von höchster Stelle eingerichtet worden sei, so Stoisits. Auch andere Beobachter:innen zeigten sich beeindruckt von der „Qualität und Gründlichkeit“ der Aufarbeitung. Lediglich FPÖ und die ÖVP Kärnten fanden rhetorisch nicht aus ihrem Abwehrkampf des Freund-Feind-Schemas heraus. Mit einer Pressekonferenz hatte das Innenministerium die Ergebnisse der Kommission präsentiert, die zur Untersuchung des problematischen Polizeieinsatzes eingerichtet wurde. Dabei ließen sich nuancierte Zugänge zwischen Beamtenschaft und Ressortspitze erkennen. Während Kommissionsleiter Mathias Vogl die vielschichtigen, aber schneidenden Feststellungen der Kommission nachzeichnete, neigte Innenminister Gerhard Karner der Rolle der politischen Ressortspitze und des Dienstgebers zu. Karner hegte die unverblühten Ausführungen seines Sektionschefs etwas ein: Die Polizei sei

RE-CHECK



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

eine Organisation der Fehlerkultur. Ausdrücklich und absichtlich bedanke er sich bei allen Polizist:innen vom Neusiedler bis zum Bodensee. Der Großteil der Beamt:innen habe ordnungsgemäß gehandelt. Er adressierte auch die bilaterale Tragweite des Vorfalls: Der Bericht bestätige, der Polizeieinsatz habe sich nicht gegen die slowenische Volksgruppe oder das Museum gerichtet (vielmehr gegen die pauschal als linksextrem diskreditierte Antifa, wie der Bericht moniert). Dennoch werden sich die sanften Erschütterungen dieses Berichts fortziehen. FPÖ und ÖVP Kärnten reagieren, weil sie die Botschaft der Kommission verstanden haben: Die Zuschreibung linksextrem rechtfertigt keinen Missbrauch der Amtsgewalt, und Loyalität in der Polizeifamilie hat Grenzen. Gleichzeitig müssen sich tausende Polizist:innen vor Augen führen: bei aller Dankbarkeit des Ministers, bei allem Korpsgeist – wenn es hart auf hart kommt, muss ich selbst für mein Handeln geradestehen. Die Öffentlichkeit bemerkt diese Verschiebung. Der Bericht hat mehr für das Vertrauen in die Polizei getan als vieles andere.

Das gar nicht so neue Stadtbild

Und der gar nicht so neue Rassismus.

VANESSA SPANBAUER CHECKT MEHRFACH: EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT, FEMINISMUS UND MIGRATION.

Illustration: Petja Dimitrova



Vanessa Spanbauer ist Journalistin und Historikerin aus Wien.

Deutschlands Bundeskanzler Friedrich Merz schockierte mit einem Sager, der aufzeigt, wie die diverse Gesellschaft von vielen Menschen wahrgenommen wird. Er sprach von „Problemen im Stadtbild“ und bezog sich auf eine Gesellschaft, die von Migration geprägt ist. Mit jedem Versuch sich zu erklären, machte er es schlimmer. Erst versuchte er zu spezifizieren, dass er von Menschen ohne Aufenthaltsstatus spricht. Abgerundet hat er es mit der Erklärung, dass besonders die Töchter schon wüssten, wovon er spricht. Unser Bundeskanzler Stocker sprang seinem Kollegen aus Deutschland zur Seite. Es ist nicht überraschend, denn die österreichische Schwesterpartei ist dem rassistischen Diskurs seit einigen Jahren voraus. Heftige Kritik wurde nach der Aussage in Deutschland laut. Besonders weil klar ist, dass alle Menschen gemeint sind, die eine sichtbare Migrationsbiografie haben – oder deren Vorfahren diese hatten. Im Gegensatz zu Merz betonte Angela Merkel, seine Vorgängerin und Parteikollegin, vor einigen Jahren noch, dass sie sich Sorgen mache, wann Menschen,

denen man die Migrationsbiografie ansieht, endlich als Deutsche angesehen werden. Menschen auf den unterschiedlichen Social Media Plattformen teilten Videos in denen Merkel genau solche Gedanken teilt. „Die gute alte Zeit“, liest man darunter. Und was machen die Menschen, die mit dieser Aussage gemeint sind? Sie filmen witzige Videos in denen sie sich als das Problem im Stadtbild beschreiben, um die Absurdität dieser Aussage zu unterlegen. Humor ist auch eine Lösung. Längst wissen diese Menschen, dass sie von der Gesellschaft als Problem wahrgenommen werden und der Rassismus nicht weniger geworden ist. Nur Menschen, die selbst von diesen Aussagen nicht betroffen sind, reagieren schockiert und können es nicht fassen. Es ist nicht zu leugnen, wie sehr sich der Diskurs in Sachen Migration in den letzten Jahren nach rechts verschoben hat – auch in Deutschland. Wir sind gar nicht mehr so verschieden. Manchmal wundert mich allerdings dann doch, für wie viele Menschen diese eindeutige Verschiebung noch schockierend ist.

POPULÄRKULTUR

GRAPHIC NOVEL



Plädoyer gegen das Verstummen

Birgit Weyhes neuer Sachcomic ist ein Beitrag zur Aufarbeitung historischer Gewalt und eine Erzählung über das Schweigen – als Folge von Diktatur und Trauma, aber auch als Mittel der Vertuschung und Leugnung. Ellen Marx ist erst 17, als ihre

jüdischen Eltern sie nach den Novemberpogromen 1938 alleine von Berlin nach Argentinien schicken. Jahrzehnte danach verschleppt die argentinische Militärjunta, die mit Terror und Folter gegen Oppositionelle vorgeht, Ellens Tochter Nora. Vergeblich bittet Ellen das deutsche Auswärtige Amt um Hilfe: Nora sei keine Deutsche, heißt es. Dass die Nazis jüdischen Bürger:innen einst die Staatsbürgerschaft entzogen hatten, zählt nicht. Die zweite Geschichte ist die der politischen Aktivistin Elisabeth Käsemann. Wie viele Linke der 68er-Generation begeistert sie sich für die revolutionären Bewegungen

Lateinamerikas und geht selbst nach Argentinien, wo sie sich in sozialen Projekten engagiert. Auch sie wird entführt, 1977 bringen sie die Militärs im Folterlager El Vesubio um. Wieder hüllen sich die deutschen Behörden in Schweigen. Marx und Käsemann wurden Opfer der „stillen Diplomatie“: Um ihre wirtschaftlichen Interessen zu schützen, machte sich die damalige BRD zur Komplizin eines Militärregimes, das rund 30.000 Menschen verschwinden ließ, viele von ihnen Nachkommen deutsch-jüdischer Emigrant:innen. Weyhe verbindet die Biografien mit historischen Exkursen und dokumentarischem

Material. Der Verzicht auf konkrete Gewaltdarstellungen macht die Monstrosität der Ereignisse auf beklemmende Weise spürbar. „Ich werde nicht schweigen!“, sagt Ellen Marx, als sie sich den Madres de Plaza de Mayo anschließt, jenen Müttern, die bis heute in Buenos Aires für ihre verschwundenen Kinder demonstrieren. Die Erinnerung wird zu einem Akt des Widerstands: gegen ein verbrecherisches Schweigen, das Täter schützt und Opfer auslöscht. (Vina Yun)

Birgit Weyhe
Schweigen
 avant-verlag 2025
 368 Seiten, 41,50 Euro

MEDIEN



30 Jahre laut von der Straße

Gleich zwei österreichische Straßenzeitungen feiern 2025 ein Jubiläum: Der Wiener „Augustin“ und das Grazer „Megaphon“ werden 30. „Augustin! Neuer Augustin!“. Seit 1995 ertönen die

Verkaufsrufe der „ersten österreichischen Boulevardzeitung“. Das selbstverwaltete, basisdemokratische Medienprojekt versteht sich als Stimme gegen Armut und Ausgrenzung. Der Beginn des Projekts war vor allem aktivistisch geprägt: Der Augustin veranstaltete etwa den „Wiener Opferball“, eine Gegenveranstaltung zum Opernball, oder die „D-Wagen-Besetzung“, mit der Freifahrten für armutsbetroffene Menschen gefordert wurden. Heute schreibt die Zeitung über Menschen und Themen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden.

Sozialarbeiter:innen unterstützen die Verkäufer:innen bei diversen Anliegen. Auch in Graz und in der Steiermark erklingt seit 30 Jahren ein verwandtes Echo: Das „Megaphon“ der Caritas bietet Menschen in prekären Lebenssituationen die Möglichkeit, mit dem Verkauf der Zeitung ein Einkommen zu erzielen und Kontakte zu knüpfen. Bekannt wurde das Megaphon auch durch die erste Fußball-WM der Obdachlosen, die in Graz ihren Anfang nahm und heute als Homeless World Cup weltweit fortgeführt wird. Doch trotz des runden Geburts-

tags steht das Projekt unter Druck: Nach einer Förderkürzung des Landes Steiermark um 20.000 Euro für das zweite Halbjahr 2025 sieht sich das Team mit großen Herausforderungen konfrontiert. Beide Straßenzeitungen greifen seit drei Jahrzehnten Perspektiven und Geschichten auf, die in anderen Medien kaum Platz finden. Sie zeigen, dass Journalismus mehr sein kann als bloße Information: Begegnung, Teilhabe und gelebte Solidarität. Wir gratulieren zu den Jubiläen und wünschen den „Straßenstimmen“ ein langjähriges, lautes Weiterbestehen! (Red)

BUCH



Gegen das Vergessen

„Engel des Vergessens“ wurde 2011 publiziert, doch der Roman hat bis heute nicht an Relevanz verloren. Die 1961 in Bad Eisenkappel/Zelezna Kapla geborene Autorin rekonstruiert darin die Geschichte ihrer Familie: die Großmutter, die das KZ überlebte; der Großvater, der sich den Partisan:innen anschloss; der Vater, der als Kind von Nazis gefoltert wurde. Maja Haderlap erzählt dabei

nicht nur eine persönliche Geschichte, sondern schreibt gegen das Vergessen der Kärntner Slowen:innen an – jener Partisan:innen, die als einzige in Österreich militärisch gegen das NS-Regime kämpften und danach lange als Verräter:innen galten. Für einen Auszug aus dem Roman erhielt sie 2011 den Ingeborg-Bachmann-Preis. Ihr Bruder Zdravko Haderlap übernahm den Bauernhof der Familie, der für den Roman als Vorlage diente. Er bietet u. a. literarische Führungen zu den Schauplätzen des Buchs an: etwa zum Peršmanhof oder zu den ehemaligen Bunkern, in denen sich die Partisan:innen versteckten. (red)

Maja Haderlap
Engel des Vergessens
 Wallstein Verlag 2011
 288 Seiten, 22,70 Euro

SENDUNG



Daheim in der Vielfalt

Einmal im Monat widmet sich das Volksgruppenmagazin „Daheim“ des ORF den vielen Facetten der Volksgruppen in Österreich und blickt auch über die Landesgrenzen hinaus. Jüngst berichtete die Sendung etwa über das lange Warten der Roma-Community auf ein zentrales Denkmal in Wien, das an die im Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti erinnern soll. Ein weiteres Thema war die Sprachenpolitik Frankreichs, das bislang keinen rechtlichen

Schutz für Minderheitensprachen vorsieht. Den Abschluss jeder Ausgabe bildet die Rubrik „Wie sagt man...?“. Darin treffen sechs junge Menschen der Volksgruppen aufeinander und vergleichen Wörter aus ihren Sprachen. Ein schöner Einblick in die Lebendigkeit sprachlicher Traditionen. Die Sendung ging aus dem langjährigen Format „Heimat Fremde Heimat“ hervor, das 2025 in zwei Sendungen überführt wurde: „Daheim“ beleuchtet weiterhin die Volksgruppen, während „Betrifft: uns“ die Lebensrealitäten von Menschen in einer von Migration geprägten Gesellschaft in den Fokus rückt. (red)

„Daheim“ wird einmal im Monat am Freitag um 10.40 Uhr und am Sonntag um 13.35 Uhr auf ORF 2 bzw. am Dienstag um 8.55 Uhr in ORF III ausgestrahlt und ist auf ORF ON nachzusehen: <https://tiny-url.com/5fhnkmy>

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
 1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
 F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Milena Österreicher (Chefredakteurin; mö),
 Karin Wasner (Fotoredaktion), Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo), P.M. Hoffmann (Illustrationen), Eva Vasari (Illustrationen)

AUTOR:INNEN DIESER AUSGABE:

Menerva Hammad, Emilija Ilić, Sonja Kittel,
 Alina Knoflach, Dennis Miskić, Salme Taha Ali
 Mohamed, Milena Österreicher, Magdalena Pichler,
 Alexander Pollak, Sophia Reiterer, Martin Schenk,
 Philipp Sonderegger, Vanessa Spanbauer, Vina Yun

COVERBILD: Christopher Mavric

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Ute Meißnitzer, ute.meissnitzer@sosmitmensch.at Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Maiko Sakurai, abo@momagazin.at Telefon: +43 1 524 99 00-23

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
 T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
 Mail: office@sosmitmensch.at
 Web: www.sosmitmensch.at
 ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
 Herausgeberin: SOS Mitmensch
 Sitz: Wien
 Geschäftsführung: Alexander Pollak,
 Gerlinde Affenzeller
 Obfrau: Zeynep Buyraç
 Grundlegende Richtung: Gegen Diskriminierung,
 für Menschenrechte, Demokratie und Chancengleichheit.
 ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383
 BIC: GIBAATWWXXX
 MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
 Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
 Demokratie und Chancengleichheit. Der Nachdruck der
 Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung
 von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
 das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
 Fotografien liegen bei den Urheber:innen.
 Falls kein:e Urheber:in ausgewiesen ist:
 SOS Mitmensch.

ANDERE ÜBER ...

Tierwürde garantiert, Menschenwürde relativ

Ein Mann kämpft um seinen Papagei. Sein Schicksal verrät viel über unseren Umgang mit Menschen.

KOMMENTAR: ALINA KNOFLACH



Illustration: Petja Dimitrova

Ein Deutschkursteilnehmer unseres Vereins Hindiba wandte sich in großer Verzweiflung an uns: Sein Papagei war beschlagnahmt worden. Der Mann war gemeinsam mit dem Tier aus Syrien nach Österreich geflüchtet. Bereits in Syrien war der Vogel ein vertrauter und fester Bestandteil seines Lebens. In Innsbruck ist er für ihn das wichtigste Bezugswesen.

Das Veterinäramt in Innsbruck stufte die Haltung als nicht artgerecht ein und entzog dem Deutschkursteilnehmer den Papagei. Für den Mann brach eine Welt zusammen. Die behördlichen Auflagen erforderten unter anderem einen Käfig mit den Mindestmaßen von drei mal drei mal zwei Meter, einen Artgenossen und weitere Bedingungen, die in der Lebenssituation des Mannes kaum erfüllbar sind. Gemeinsam suchten wir intensiv nach einer alternativen Unterbringung für das Tier – jedoch bisher ohne Erfolg.

Schließlich opferte der Schüler sein Zimmer und baute eigenhändig einen Käfig in der geforderten Größe. Die zuständige Veterinärmedizinerin stellte in Aussicht, dass ein zweiter Papagei ver-

mittelt werden könne, sobald die Haltungsbedingungen erfüllt seien. Doch auch nach dem Umbau wurde die Rückgabe des Tieres weiterhin verweigert, da die Konstruktion nicht den fachlichen Anforderungen entsprach.

Unbestreitbar erfreulich ist, dass einem Tier ein artgerechtes und bestmögliches Leben geboten werden soll. Zugleich wird schmerzlich sichtbar: Für viele Menschen in Österreich – so auch für den Besitzer des Papageis – gelten solche Standards nicht. Fluchtmigrierte Menschen werden häufig in beengten Unterkünften untergebracht, in denen sie sich Räume mit fremden Personen teilen müssen, auf weniger Platz, als für den Papageienkäfig vorgeschrieben ist. Familienzusammenführungen werden unter dem Vorwand gestoppt, dass das System nicht überlastet werden dürfe. Gleichzeitig wird alles dangesetzt, dass der Papagei nicht ohne Artgenossen bleibt. Während der Deutschkursteilnehmer zusätzlich eine Weiterbildung absolvieren und einen „Sachkundenachweis über Haltung, Sozialverhalten, Ernährung und Vergesellschaftung von Graupa-

pageien“ erbringen muss, um seinen Papagei wiederzubekommen, existieren in Österreich Unterbringungen für Asylwerber:innen, die von nicht dazu ausgebildeten Privatpersonen betrieben werden. Wie von NGOs und Aktivist:innen berichtet, leben Bewohner:innen dort oft in Isolation, erhalten unzumutbare Mahlzeiten, sind katastrophalen hygienischen Bedingungen ausgesetzt und müssen viele weitere unerträgliche Einschränkungen über sich ergehen lassen.

Wenn wir nur ansatzweise so viel Aufwand in die Aufrechterhaltung der Menschenwürde wie in die artgerechte Haltung und das glückliche Leben eines Papageis stecken würden, wäre unsere Menschlichkeit längst nicht in solcher Gefahr. Denn Menschlichkeit heißt immer noch, Menschen unabhängig von Herkunft, Kultur, Glauben oder Geschlecht allein wegen ihres Menschseins als gleichwertig zu achten.

Dr. Alina Knoflach gründete in Innsbruck gemeinsam mit Ameer Al-Freeji „Hindiba – Verein für interkulturelles Miteinander“.

**Tanz, Performance, Theater und Musik
im brut nordwest**



brut

Once upon a Time in the Flames: Our Firebird Ballet © Elsa Okazaki

11. – 13. Dezember, 20:00

Adam Man mit Judith Hamann
& Michiyasu Furutani
Reforest

14. – 17. Jänner, 20:00

Stefanie Sourial
FLASHMOB

23. – 28. Jänner, 20:00

Marta Navaridas
**Once upon a Time in the Flames:
Our Firebird Ballet**

05. – 07. Februar, 20:00

Gin Müller, Sandra Selimović,
Mariama Nzinga Diallo &
Edwarda Gurrola
JUSTITIA! Identity Cases

18. – 21. Februar, 20:00

Malika Fankha
No Place Like Home



Stadt
Wien | Kultur

Info & Tickets:
brut-wien.at



Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien
Neubaugasse 18
brillenmanufaktur.info

**MO Magazin.
Für Menschenrechte.
Für Sie.
Für uns alle.**

SOS
Mitmensch

Jetzt Ihr
MO
SOLI-ABO
bestellen!



**[www.sosmitmensch.at/
soliabo](http://www.sosmitmensch.at/soliabo)**



mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE